

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 7/2018



Ein Urteil zum Rentenrecht

Vietnamesische Dissidenten im Westen

Militärverbindungsmissionen in der DDR

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Empörung über Pläne für DDR-Polizeigefängnis
Trier versteht es einfach nicht
Antrag
UOKG-Kongreß
Information

Recht

- 4 Vertrauter Anspruch auf Umwegen

International

- 5 Vietnamesische Dissidenten im Westen
Resolutionen

Thema

- 6 Die westalliierten Militärverbindungsmissionen
in der DDR

Aufarbeitung

- 8 Für die Freiheit gestorben...
10 „90 Prozent der Frauen waren nie krank“
Privatarchiv übergeben

Berichte

- 11 Aller Opfer gedenken
Ein Fest in Malchow
12 Erinnerung an den Bau der Berliner Mauer
UOKG trifft neuen Beauftragten für NRW

Verbände

- 13 „Unsere Zukunft hat schon begonnen“
Leserbrief
14 „Mauern. Gitter. Stacheldraht“
Abschied
15 Erstmals gesicherte Daten
Stadtführung mit historischen Fotos
Spendenauf Ruf

Service/Bücher

- 16 Lange Widerstandstradition
Taucher in der Wüste
17 „Der Insulaner hofft unbeirrt...“
Vorhang auf, Film ab!
Protestanten in Zeiten des Kalten Krieges
19 Verlangen nach Freiheit

Service/Veranstaltungen

18–19

Umschlagbild

Innenansicht des ehemaligen DDR-Polizeigefängnisses Keibelstraße. Am 13. August dieses Jahres hatte die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Führungen in dem sonst nicht zugänglichen Gebäude angeboten. Über 900 Anmeldungen gingen dem großen Andrang voraus, so daß die Führungszeiten verlängert werden mußten (s. auch S. 3).

Foto: Christian Sachse

Editorial

Welche Gemeinsamkeiten haben NS- und SED-Opfer?

Oft habe ich den Eindruck, daß in der gesellschaftspolitischen Diskussion die Opfer des Nationalsozialismus etwas völlig anderes sind, als die Opfer von Stalinismus und SED-Diktatur. Dieses Spannungsfeld bildet sich beispielhaft an der Gedenkstätte des KZ Sachsenhausen ab, das nach 1945 von den Sowjets als „Speziallager“ genutzt wurde. 12 000 Menschen, Unschuldige und auch Menschen, die sich schuldig gemacht haben, wurden dort ohne Anklage und ohne Urteil sich selbst und dem Tod überlassen. Eine wirkliche Zusammenarbeit der Opfer und Opferorganisationen gibt es bisher nicht.

Der Grund dafür ist meines Erachtens nicht, daß die Opfer sich nicht verständigen könnten, sondern eher die Angst oder die Sorge von politischen Mandatsträgern, daß damit irgend etwas gleichgesetzt werden könnte.

Ich bin davon überzeugt, daß die Opfer aus beiden deutschen Diktaturen weit davon entfernt sind, Grauen und Unrecht gleichzusetzen. Diese Menschen eint, daß sie Opfer von staatlichem Unrecht geworden sind. Die Opfer aus beiden Diktaturen wissen besser als jeder andere, was es bedeutet, hilflos ausgeliefert zu sein. Ich meine, daß es an der Zeit ist, diese beiden Opfergruppen zusammenzubringen, um sich gegenseitig zu unterstützen. Am Beispiel Sachsenhausen sehe ich nach dem Wechsel in der Gedenkstättenleitung auch bessere Chancen dafür, als jemals zuvor.

Als Vorsitzender der UOKG werde ich alles versuchen mit dem Ziel, daß sich die Opfer der beiden deutschen Diktaturen näher kommen.

Mit besten Grüßen
Ihr Dieter Dombrowski

Empörung über Pläne für DDR-Polizeigefängnis

Ehemalige Häftlinge des Ost-Berliner Polizeigefängnisses in der Keibelstraße haben gegen die Entscheidung der Bildungsverwaltung protestiert, sie aus dem Betrieb eines geplanten „Lernortes“ in dem Gebäude auszuschließen. Der Sprecher der Initiativgemeinschaft Ehemaliges Polizeigefängnis Keibelstraße, Harry Santos, erklärte: „Wir sind empört, daß wir bei der Entscheidung, wie dieses Gefängnis als Erinnerungsort betrieben werden soll, erneut ausgeschlossen worden sind. Die jetzt mit dem Betrieb beauftragte Agentur für Bildung ist bei der Aufarbeitung des Stasi- und Polizeistaates DDR noch nie in Erscheinung getreten. Besonders empört uns, daß ehemalige politische Häftlinge in den geplanten Programmen nur eine Statistenrolle spielen sollen. Wenn Schü-

lerinnen und Schüler die Sichtweise von Stasi und SED als ‚gleichberechtigte Quelle‘ neben den Erfahrungen der SED-Opfer betrachten sollen, fragt man sich, wie Schüler die Bedeutung von Menschenrechten und Demokratie verstehen sollen.

Der Umgang der Bildungsverwaltung mit unserem Ort des Leidens ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer. Er zeugt von einem erschreckenden Mangel an historischer Sensibilität bei der verantwortlichen Bildungssenatorin Sandra Scheeres. Seit acht Jahren will die Bildungsverwaltung diesen Lernort eröffnen, seit acht Jahren verschiebt sie den Termin immer wieder. Daß der Termin nun erneut um ein halbes Jahr auf Dezember 2018 verschoben wurde, weckt bittere Erinnerungen an den eben-

falls bislang nicht eröffneten und immer teurer werdenden Flughafen BER. Wir fordern deshalb vom Senat, die Entscheidung rückgängig zu machen und die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen mit dem Betrieb zu beauftragen. Sie zeigt seit vielen Jahren, wie man einen ähnlichen Erinnerungsort unter Einbeziehung der Opfer mit großem Erfolg betreiben kann.“

Antrag

(st)Die Länder Brandenburg, Berlin und Thüringen haben eine „Entschließung zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politischer Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze“ in den Bundesrat eingebracht. Der Antrag wurde auf der Bundessatzung vom 6. Juli 2018 verwiesen in den Rechtsausschuß (federführend), den Finanzausschuß und den Ausschuß für innere Angelegenheiten.

Trier versteht es einfach nicht

(uokg)Die Stadt Trier hatte sich bereit erklärt, nahe der Karl-Marx-Statue eine Informationstafel aufzustellen. Dafür wurde nun von der Stadt ohne jegliche Beteiligung der Opferverbände folgender Text formuliert: „Karl Marx ist der bekannteste Sohn der Stadt Trier. Wie kaum ein anderer hat er die unerhörte Dynamik seiner eigenen Zeit analysiert und wachsende Ungleichheit und Ausbeutung kritisiert. ‚Das Manifest der Kommunistischen Partei‘ und ‚Das Kapital‘ gehören heute zum Unesco-Welt-

dokumentenerbe. Die Würdigung seines Lebenswerkes jenseits von Legendenbildung und ideologischer Vereinnahmung ist der Stadt Trier ein großes Anliegen. Seine Ideen sind im 20. Jahrhundert zu Aufbau und Rechtfertigung von Diktaturen mißbraucht worden. Seine Denkanstöße können aber auch heute noch dazu dienen, unseren Blick für die Probleme der Gegenwart zu schärfen.“

Karl Marx soll offenbar ohne jeden Zweifel positiv im Gedächtnis bleiben.

UOKG-Kongreß

Am Sonnabend, dem 3. November 2018, ab 11.00 Uhr, veranstaltet die UOKG einen Kongreß zum Thema

„Auswirkungen politischer Verfolgung auf die 2. Generation“

Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

Näheres in der nächsten Ausgabe.

Information

Wo kein Wille ist – ist auch kein Weg

Am 5. Januar 2018 rief die UOKG die politischen Häftlinge der SED-Diktatur dazu auf, an Politiker in Ost und West zu schreiben. Ein zweiter Teil der Aktion bestand darin, daß die UOKG zum ersten Mal in ihrer Geschichte an alle Fraktionen, Landtagspräsidenten und Ministerpräsidenten in den neuen Bundesländern geschrieben hat. Die Politiker wurden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß ein Teil des zurückgezählten SED-Vermögens für ehemalige politische Gefangene verwendet wird. Schließlich haben wir an alle ostdeutschen Ministerpräsidenten einen formalen Antrag gestellt, jeweils 500 000 Euro (also im Verhältnis zu den 185 Millionen fast nichts) für den Härtefallfonds zur Verfügung zu stellen. Insgesamt gingen mehr als 500 Briefe auf den Weg. Das Ergebnis läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Keinen Cent für den Härtefallfonds der UOKG aus dem SED-Vermögen.

Die Antworten klingen so, als hätten die Adressaten voneinander abgeschrieben. Vielleicht haben sie das ja auch: Leider, leider hätte der Gesetzgeber einen anderen Verwendungszweck vorgeschrieben. Daher dürfe man keine Gelder (wieder: leider, leider) in einen Härtefallfonds einzahlen. Bei so viel Gesetzestreue fällt der UOKG dann auch nichts

mehr ein. Oder doch: Immerhin war das entsprechende Gesetz zum letzten Mal im Jahr 2006 durch den Bundestag geändert worden. Warum es nicht noch einmal ändern? Diesmal zugunsten derjenigen, die das SED-Vermögen zum größten Teil erarbeitet haben?

Solche Gesetzesänderungen sind tatsächlich in den Landtagen von Thüringen und Sachsen vorgeschlagen worden. Sie fanden (und noch einmal: leider, leider) keine Mehrheiten. Man kann auch sagen, warum: Geld abgeben, und sei es für Opfer, ist nicht so sonderlich beliebt.

Immerhin: Sachsen hat nachgesteuert und will aus anderen Quellen einen Härtefallfonds finanzieren. Auch andere Politiker in den Landtagen sind aufgewacht und haben begriffen, daß sie ein wirkliches Problem vor sich haben - Menschen, die ihre Existenz für Demokratie und Freiheit in die Waagschale geworfen haben. Die sollte man nicht wie lästige Bittsteller behandeln.

(Lesen Sie den ganzen Bericht unter http://www.uokg.de/2018/08/echo_pmo_185/)

Christian Sachse

Vertrauter Anspruch auf Umwegen

Ein Urteil zum Rentenrecht von Übersiedlern und Flüchtlingen

Die einen sprechen von einem Vertrauensbruch, die anderen gar von einem Betrug durch den Staat. Den meisten Lesern ist das Thema sicherlich bekannt, und es wurde auch schon oft hier im „Stachel-draht“ (zuletzt Ausg. 4/2018) darüber berichtet.

Durch das Fremdrentengesetz (FRG) wurden Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR, vereinfacht gesagt, für ihre in der DDR geleistete Arbeit fiktiv als in der Bundesrepublik erbrachte eingestuft, während das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG), durch welches die Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung nach der Wiedervereinigung hergestellt werden sollte, für die meisten Übersiedler und Flüchtlinge (es wird von über 300 000 Betroffenen ausgegangen) aber zur Folge hatte, daß man sie wieder als DDR-Bürger einstuft. Das führte im Ergebnis zu teils erheblichen Renteneinbußen.

Nicht nur der Öffentlichkeit, auch den damals entscheidenden Politikern wurden die nachteiligen Auswirkungen für die Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR nicht vor Augen geführt. Dies geht zumindest aus dem 2012 ausgearbeiteten Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zu diesem Thema hervor (WD 6 – 3000-030/12). Seitdem die Auswirkungen des RÜG bekannt geworden sind, kämpfen die Leidtragenden um die Wiederherstellung der ihnen im Westen versprochenen Rentenleistungen.

Nun sehen viele Betroffene durch ein rechtskräftiges Urteil des Sozialgerichts Aachen (Az. S 6 R 472/17) einen neuen Aufbruch und schöpfen Hoffnung, daß sich doch noch alles zum Guten wendet.

In dem Verfahren geht es um einen Betroffenen, welcher in der DDR von 1969 bis zu seiner Übersiedlung im April 1984 gearbeitet hatte. Durch die Übersiedlung hatte er die Ansprüche gegenüber der Rentenversicherung in der DDR verloren. Im Jahre 1985 ließ er sich durch Bescheid von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte seine Arbeitsleistung in der DDR auf Basis des § 15 FRG anerkennen.

Nachdem der Betroffene Kenntnis von dem 1991 in Kraft getretenen RÜG erlangte, fragte er im Jahr 1997 bei oben genannter Bundesversicherungsanstalt (Rechtsvorgängerin der heute zuständigen Deutschen Rentenversicherung) nach, ob eine Neubewertung seiner FRG-Bewertungszeiten aufgrund dieser rentenrechtlichen Neuregelung durchgeführt werde. Im Ergebnis wurde dem Betroffenen mitgeteilt, daß die FRG-Zeiten nunmehr auf Basis des § 256a Sozialgesetzbuch Sechstes Buch – Gesetzliche Rentenversicherung (SGB VI) neu bewertet würden.

Für den Betroffenen bedeutete dies eine Schlechterstellung, weshalb er gegen diese Auskunft Widerspruch einlegte und auf seiner Bewertung aus dem Bescheid von 1985 beharrte. Die Rentenversicherung teilte ihm mit, daß er gegen eine solche Auskunft gar keinen Widerspruch einlegen könne und es bei der Neubewertung nach § 256a SGB 6 bliebe. Im Dezember 2012 stellte der Betroffene einen Antrag auf Versichertenrente. Gegen die ihm mit Bescheid vom Dezember 2012 gewährte Rente erhob er Widerspruch und führte aus, daß das RÜG in seinem Fall keine Anwendung finde. Er führte sinngemäß aus, daß generell alle bis zum gesetzlich festgelegten Stichtag vom 18. Mai 1990 im § 249a SGB 6 Übersiedelten weiterhin nach dem FRG zu beurteilen seien.

Aufgrund der anhängigen Verfassungsbeschwerde (Az. 1 BvR 713/13) zu diesem Thema einigte man sich, den Ausgang der Beschwerde abzuwarten. Die Verfassungsbeschwerde

wurde durch Nichtannahmebeschluß verworfen. Wie zu erwarten, wies die Rentenversicherung den Widerspruch daraufhin zurück, so daß der Betroffene im August 2017 Klage erhob, mit dem Antrag, ihn nach den Vorschriften des Fremdrentengesetzes zu bewerten. Mit Urteil vom 9. Mai 2018 gab das Sozialgericht Aachen dem Betroffenen recht, so daß seine Rente nach den Vorschriften des FRG zu bewerten ist.

Anders als vielleicht erwartet bzw. erhofft, gründet die Entscheidung des Sozialgerichts Aachen dabei aber nicht auf der Frage, ob die im Beitrittsgebiet zurückgelegten Zeiten von Übersiedlern, welche vor dem 19. Mai 1990 in die Bundesrepublik einreisten, weiterhin nach dem FRG zu berücksichtigen sind und die Anwendungen des RÜG somit für diese nicht gelten. Das Sozialgericht geht hier zu Recht davon aus, daß der ursprüngliche Bescheid vom August 1985 mangels ausdrücklicher oder konkludenter Aufhebung oder Erledigung weiterhin bestandskräftig ist. Die Rentenversicherung hatte es hier bis zuletzt versäumt, den Feststellungsbescheid vom August 1985 ausdrücklich aufzuheben, obwohl sie bis zur Erteilung des Rentenbescheids und sogar noch in demselben dazu berechtigt gewesen wäre.

Was können wir aus diesem Urteil mitnehmen? Entscheidend ist zunächst, daß ein Feststellungsbescheid vorliegt, welcher die Rentenzeiten nach dem FRG anerkannt hat. Darüber hinaus darf dieser Bescheid nicht ausdrücklich aufgehoben worden sein. Auch eine Erklärung wie: „Die bisherigen Feststellungen werden hiermit aufgehoben soweit sie den folgenden Feststellungen entgegenstehen“, genügt einer ausdrücklichen Erklärung mangels Bestimmtheit nicht (vgl. Landessozialgericht Berlin Brandenburg, Urteil vom 29.03.2006 – L 6 RA 45/02). Liegen diese beiden Voraussetzungen vor, hat der ursprüngliche Feststellungsbescheid weiterhin Bestand und die Rentenversicherung muß sich daran halten.

Sollte die Rentenversicherung das Vorge-tragene spätestens bei der Erteilung des Rentenbescheids nicht berücksichtigen, sollten Sie unbedingt gegen den Bescheid vorgehen. Aber auch Betroffene, die schon einen Rentenbescheid erhalten haben, sollten auf dieser Grundlage überprüfen lassen, ob dieser ggf. rechtswidrig war.

Benjamin Baumgart, Ass. jur.



Gebäude der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg.

Vietnamesische Dissidenten im Westen

Rechtsanwalt Nguyen Van Dai bekam am 13. Juni 2018 den Menschenrechtspreis des Deutschen Richterbundes in Berlin überreicht, weil Nguyen Van Dai sich für die Einhaltung von Menschenrechten in Vietnam einsetzte und religiöse Minderheiten und Dissidenten unterstützte. Das waren Dais Aktivitäten, als er in Vietnam lebte.

Jetzt befindet sich Dai in der Bundesrepublik. Mutmaßlich wurde er gemeinsam mit seiner Ehefrau und seiner Assistentin Le Thu Ha nach Deutschland abgeschoben. Er ist nicht der erste vietnamesische Dissident, der im Rahmen einer humanitären Intervention verschiedener Organisationen die Möglichkeit bekam, in den Westen – insbesondere in die USA – aber auch nach Frankreich und jetzt nach Deutschland, zu fliehen. Sobald die Geflüchteten im Ausland angekommen sind, stellen sie leider ihre politischen Aktivitäten praktisch komplett ein. Sie werden zu normalen Flüchtlingen oder Exil-Vietnamesen. Bedauerlicherweise verliert die antikommunistische Bewegung so diese Aktivisten. Man muß deshalb die Frage stellen, ob es Möglichkeiten gibt, die-

sen ausgewiesenen Menschen zu helfen, damit sie ihre politischen Aktivitäten im Westen, so auch in der Bundesrepublik, fortsetzen können.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die totalitäre Regierung bis heute keinen Erfolg hat, den Arzt Nguyen Dan Que, einen bekannten Menschenrechtskämpfer, in die USA auszuweisen. Dr. Que wohnt weiter in seinem Haus in Ho-Chi-Minh-Stadt. Er bekam viele internationale Preise: 1995 Robert F. Kennedy Human Rights Award, 2004 Certificate of Distinction in Civil Courage vom US-based Civil Courage Prize, 2004 schlug die Asia-Pacific Initiative Que für den Friedensnobelpreis vor, 2016 erhielt Que den südkoreanischen The Gwangju Prize for Human Rights. Die angebotene Ausreisegenehmigung lehnte Dr. Que allerdings ständig, hartnäckig und entschlossen ab, obwohl die Vereinigten Staaten bereits ihre Bereitschaft zur Aufnahme Ques und seiner Familie erklärt hatten.

Es sind schon so viele Menschen geflüchtet. Was wird aber aus unserem Heimatland, wenn die Kommunisten an der

Macht bleiben und meinen, die vietnamesische Bevölkerung zu repräsentieren?

1989 war im Chor der Demonstranten in Leipzig, in Berlin der berühmte Ruf zu vernehmen: „Wir bleiben hier!“ Der polnische römisch-katholische Priester Jerzy Popiełuszko wurde aufgrund seiner Unterstützung der Opposition um die Solidarność von Offizieren des polnischen Staatssicherheitsdienstes im Jahr 1984 ermordet. Am 16. Oktober 1984, wenige Tage vor seinem Tod, hatte ihm der damalige Primas Josef Glemp einen Studienaufenthalt in Rom angeboten, den er ablehnte.

Kurz gesagt, alle vietnamesischen Dissidenten, die vom Westen bis jetzt aufgenommen wurden, befinden sich am Ende ihres politischen Engagements. Wie könnte man diese traurige Situation verändern?

Tran Van Tich

(Ehemaliger Vorsitzender des Bundesverbands der vietnamesischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland e.V., Amtszeit 2012–2014)

Resolutionen

Mitglieder der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso) von acht europäischen Ländern haben sich zwischen dem 24. und 26. Juni 2018 zu ihrem 23. Kongreß in Braşov, Rumänien, getroffen und u.a. die folgenden Resolutionen verabschiedet.

Nicht mehr unterstützen

(ia) Die Inter-Asso, die Tausende von Opfern repräsentiert, hat wiederholt die Gefahr kommunistischer Ideen, die Rückkehr kommunistischer Ideen in die politische Landschaft und ihre teilweise wachsende Macht hervorgehoben. Deshalb hat die Inter-Asso während ihrer letzten Kongresse die Verurteilung kommunistischer Ideen gefordert. Wir beobachten mit großer Sorge die Rückkehr der sozialistischen Partei Albaniens (PSSH) an die Macht und die Wahl von Gramoz Ruçi, ehemaliger Innenminister des kommunistischen Regimes, zum Vorsitzenden des Parlaments. Außerdem stellen wir mit Bedauern die

Haltung und das Verhalten der „neokommunistischen“ Regierung gegenüber den politisch Verfolgten fest.

Während des Kongresses ehrte der Präsident Rumäniens, Klaus Werner Iohannis, mehr als 40 Opfer des Kommunismus mit dem Nationalen Orden für Verdienste (rumänisch: Ordinul Național Pentru Merit) beziehungsweise mit dem Nationalen Orden für treue Dienste (rumänisch: Ordinul Național „Serviciul Credincios“). Der Kongreß beschloß die folgende Resolution:

Die Inter-Asso fordert von der Europäischen Union, den europäischen Ländern und den NATO-Mitgliedsstaaten, nicht länger die gegenwärtige albanische Regierung zu unterstützen.

Karl-Marx-Denkmal beseitigen

(ia) Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas ist mit Entsetzen zur Kenntnis genommen worden, daß die Stadt Trier am 5. Mai

anläßlich des 200. Geburtstages von Karl Marx ein Denkmal für ihn in seiner Geburtsstadt Trier eingeweiht hat.

Auf die Ideen von Karl Marx haben sich später Massenmörder wie Stalin, Mao Tsetung und Pol Pot berufen. Das Schwarzbuch des Kommunismus zählt über 100 Millionen Opfer des Kommunismus. Dabei haben kommunistische Diktatoren Karl Marx nicht mißverstanden. Er predigte keinen friedlichen, demokratischen Übergang zum Kommunismus, sondern einen gewaltsamen Umsturz. Karl Marx war darüber hinaus ein primitiver Antisemit. Er bezeichnete Juden als „Symbol von Schacher und Schwindel schlechthin“.

Die Inter-Asso fordert die Stadt Trier auf, das Denkmal für Karl Marx zu beseitigen. Wenn das nicht möglich sein sollte, es wenigstens mit erklärenden Zusätzen zu versehen. Diese müssen zum Ausdruck bringen, welche Wirkung die Arbeiten von Karl Marx gehabt haben. 

Die westalliierten Militärverbindungsmissionen in der DDR

Nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten die Siegermächte Militärverbindungsmissionen (MVM), deren Aufgabe der Transport von Kriegsgefangenen, die Registrierung von Kriegsgräbern sowie die Suche nach NS-Kriegsverbrechern war. Ihre Gebäude in Potsdam bzw. Frankfurt/M. und Baden-Baden galten als exterritorial, den Missionsmitgliedern war quasi-diplomatischer Status zugesprochen. Sie hatten das Recht zu uneingeschränkten Reisen in alle Besatzungszonen, ausgenommen waren Gebiete mit militärischen Objekten – die Sperrgebiete.

Doch nur drei Jahre später kam es zur Berliner Blockade, die der Westen als Gefahr eines sowjetischen Kriegsüber-

Ihre Mitglieder sahen sich nicht als Spione, sondern als „Soldaten mit speziellen Aufgaben als legale Form von Informationsbeschaffung“. Stets traten sie in ihrer Militär-Uniform auf, waren unbewaffnet und benutzten für ihre Fahrten Kraftfahrzeuge – die schnellsten der westlichen Welt –, die mit ihrer jeweiligen Staatsflagge sowie einem russischsprachigen Hinweis auf die MVM versehen waren. Ausgestattet waren sie mit Ferngläsern und Kameras – den modernsten des Westens. Nach sowjetischen Behauptungen verfügten sie ebenfalls über „spezielle Geräte zur Funkaufklärung“. Angaben des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit zufolge gab es 1960 „nur“ 1634 solche Erkundungsfahrten der West-

Missionen in die DDR, 1978 seien es 3041 gewesen und ab 1985 jährlich sogar 5000. Daß dabei etwa jede fünfte in Sperrgebiete ging, erscheint allerdings übertrieben. Der sowjetische Oberbefehlshaber erklärte 1986 rund 50 Prozent der DDR-Gesamtfläche zum Sperrgebiet. Absicht war gewiß, jeden Einblick in den Uran-Abbau im Gebiet um Aue und damit letztlich in

Die Sowjetsoldaten wurden nie mißtrauisch, wenn ein uniformierter „Kamerad“ scheinbar harmlos nach der Toilette fragte. Als recht erfolgreich erwies sich das Absuchen von Gelände nach einem Manöver, regelmäßig fanden sich dort zurückgelassene Ausrüstungsgegenstände.

Eine der ersten Aufgaben der Missionen war im Sommer 1948 die Erkundung der DDR-Ostseeküste, offenbar war hier im Kriegsfall eine Invasion westlicher Streitkräfte vorgesehen. Der Volksaufstand der DDR 1953 kam für die MVM überraschend, angeblich auch der Bau der Berliner Mauer – Zweifel sind angebracht. Während des „Prager Frühlings“ stellten sie fest, daß viele sowjetische Kasernen geräumt waren. Im August wurde offiziell ihr Abzug aus der ČSSR verkündet, doch den Missionen entging nicht, daß keine Einheit in ihren bisherigen DDR-Standort zurückkehrte. Sie kontrollierten daher ständig die Autobahnen in Richtung Süden und bemerkten schnell den Aufmarsch zur Okkupation. Als 1981 ein sowjetischer Einmarsch auch aus der DDR in Polen zu befürchten war, standen Autobahnen und Eisenbahnlinien an der DDR-Grenze zu Polen unter dauernder Beobachtung. Dabei hatten die sowjetischen Streitkräfte verschiedenste Methoden, um die – abkommengemäß vereinbarte – Tätigkeit der Missionen unmöglich zu machen, sei es durch willkürliches Anhalten oder bewußtes Rammen ihrer Fahrzeuge sowie Festnahmen ihrer Besatzung.



Schild mit Sperrhinweis für Militärverbindungsmissionen.

falls wertete. Die Aufgabe der westalliierten Militärmissionen bestand nunmehr im „rechtzeitigen Erkennen und der Vorwarnung vor einem Überraschungsangriff“ aus dem Osten, was eine möglichst lückenlose Überwachung der dortigen militärischen Lage bedeutete. Der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa schrieb, die westlichen MVM waren „die glaubwürdigste und zuverlässigste Quelle für Warnungen von Anzeichen sowjetischer Bestrebungen eines Überraschungsangriffes“. Ihre Tätigkeit blieb der politischen Außenwelt unbekannt, selbst einigen britischen Generälen und ebenso der Presse in den USA. Natürlich hätten die Militärverbindungsmissionen keinen Angriffskrieg Moskaus verhindern können, durch ihre Aufklärung wohl aber einen Überraschungsangriff.

das Atomwaffenprogramm Moskaus zu verhindern. Verständlicherweise stellten diese Gebiete mit ihren militärischen Geheimnissen ein besonders wichtiges Ziel der Erkundungsfahrten dar.

Außenstehende werden es nur schwer glauben, doch „eine der aufsehenerregendsten Quellen von Material“ für die Militärverbindungsmissionen stellte „das systematische Absuchen und das tatsächlich wörtlich zu verstehende Ausmisten von Müllkippen in der Nähe sowjetischer Militäranlagen“ dar. Das ständige Defizit an echtem Toilettenpapier bei den Truppen führte dazu, daß nicht nur Privatbriefe aus Rußland und schriftliche Truppenbefehle, sondern auch Konstruktionspläne von Militärtechnik und sogar Dokumente mit teilweise höchster Geheimhaltung in die Hände der MVM-Mitglieder fielen.

Erwähnt wird in vielen Berichten der Militärverbindungsmissionen die Freundschaft der DDR-Bevölkerung trotz aller anti-westlichen SED-Haßpropaganda: Oft halfen die Einwohner ihren Kraftwagen bei Unfällen, nicht selten gaben sogar NVA-Soldaten wertvolle Anhaltspunkte. Die nach voller Souveränität gierende DDR drängte lange Jahre auf Beseitigung der MVM, und Chruschtschow hielt sie mit Hinweis auf einen Friedensvertrag hin. Schließlich mußte Ost-Berlin erkennen, daß Moskau trotz aller Versprechungen nicht gewillt war, von seinen Siegerrechten aus dem Jahr 1945 und damit von seinem Hebel auf Gesamt-Deutschland abzugehen. Deutlich zu spüren war dies besonders bei der ständigen Bezeichnung von ihren „Streitkräften in Deutschland“. Als das SED-Zentralorgan einmal, gewiß nicht ohne Hintergedan-

ken, von den „sowjetischen Streitkräften in der DDR“ schrieb, hatte es diese Formulierung auf deutlichen sowjetischen Wink hin schnell zu korrigieren.

Die DDR-Streitkräfte wurden bereits 1973 von den Missionen als „die wohl am besten ausgebildete und ausgestattete Armee der Warschauer-Pakt-Armeen“ eingeschätzt. Deren aufgestellte Verbotsschilder in ihren eigenen Sperrgebieten wurden von den MVM nicht anerkannt, wie sie auch jede Verhandlung mit der DDR-Armee ablehnten. Stasi-Minister Mielke forderte 1977 in einer 60 Seiten umfassenden Dienstanweisung, deren „feindliche Aktivitäten“ endgültig zu unterbinden und setzte, nicht ohne Erfolg, 85 MfS-Hauptamtliche mit etlichen Spitzeln gegen die Missionen ein.

Westdeutsche Landespräsidenten forderten wiederholt die Einstellung der drei sowjetischen Missionen. Eigentlich hätten sie wissen müssen, daß ein solcher Schritt zwangsläufig das Ende der westlichen Missionen in der DDR bedeuten würde, deren Erkundungsfahrten für den Westen von größter Bedeutung waren – was sie indes nicht verstanden. Statt dessen mußten sie schließlich auf das Besatzungsrecht verwiesen werden. Noch Anfang 1989 schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung in großer Unkenntnis von deren Einsätzen als „das bißchen Hinschauen auf militärische Objekte“.

Die US-Military Liaison Mission umfaßte 14 Offiziere und Sergeanten. Anfangs legten ihre zehn Kraftfahrzeuge jährlich 36 000 Kilometer in der DDR zurück, ab 1986 stieg die Zahl auf 626 000 Kilometer – jährlich! Ihren eigenen Veröffentlichungen nach machte sie 1978 auf rund 8000 Filmen fast 195 000 Fotos und weitere 490 000 Infrarot-Aufnahmen. Viele wurden in einer Distanz von fünf bis zehn Metern gemacht, darunter auch von modernsten Raketensystemen. Daß die Mitglieder von Sowjetsoldaten beschossen wurden, war keinesfalls selten. MVM-Major Arthur Nicholson bezahlte mit seinem Leben: Im März 1985 näherte er sich mit seinem Fahrer in Techentin (Mecklenburg) auf 200 Meter einer sowjetischen Werkhalle für Reparaturarbeiten, die wichtige Erkenntnisse über die neuesten T-80-Panzer liefern konnte. Ohne eine einzige Vorwarnung gab ein Sowjetsoldat drei Schüsse ab. Innerhalb einer Stunde verblutete Nicholson unter den Augen sowjetischer Militärs. Dem gleichfalls verwundeten Sergeanten verwehrte man ebenso jegliche Hilfeleistung...

Die Mission Militaire Francaise de Liaison bestand aus 21 Offizieren und Sergeanten. Sie führten weniger Fahrten durch, auch seltener in Sperrgebiete, waren andererseits aber recht risikofreudig. Bei ihren Einsätzen übernachteten sie auch im Winter im Auto, später in kleinen Zelten. Die MVM deckte die geheimsten Stützpunkte der DDR-Armee für den Kriegsfall auf. Von einem polnischen Offizier, der vielleicht in gut-naivem Glauben handelte oder ganz bewußt den Westen informieren wollte, erfuhr sie sämtliche wichtige Einzelheiten über das große Manöver „Waffenbrüderschaft“ aller Warschauer-Pakt-Armeen. Im März fuhr ein Team der MVM nach Halle/Saale mit wichtigen Garnisonen der Sowjetarmee. Indes wurde es entdeckt und bald überfuhr ein schwerer NVA-Lastkraftwagen das Fahrzeug der Mission direkt. Nach später aufgefundenen Unterlagen war es „ein Mord, befohlen von den Sowjets, aber ausgeführt vom Staatssicherheitsdienst der DDR“. Der Fahrer war sofort tot, in anderen Fällen wurden Angehörige der Mission „nur“ angeschossen. Der Leiter der Aktion erhielt für seine „gute politisch-operative Leistung“ eine Stasi-Prämie von 1000 Mark. Der spätere Abzug der Sowjetarmeen aus der DDR wurde genau auch von der französischen MVM beobachtet. Selbst im Hafen von Mukran (Insel Rügen) hatte sie ihre Augen und Ohren.

Den 37 Angehörigen der British Military Liaison Mission wurde von allen Missionen die größte Cleverneß, die stärkste Durchhaltefähigkeit und das beste militärische Wissen nachgesagt. Nach DDR-Unterlagen belief sich ihr Eindringen in Sperrgebiete ab 1979 allgemein auf 370 Einsätze, die zumeist nachts erfolgten. Schon 1959 verfügte die Mission über Aufnahmen von über 85 Prozent der russischen Luftstreitkräfte. 1984 war die Zahl ihrer heimlich aufgenommenen Filme auf 7324 gestiegen, bei den Fotos auf 343 386. Sie besaß auch recht schnell Aufnahmen von den Scud-B-Raketen, die aus Geheimhaltungsgründen nicht einmal auf den Moskauer Militärparaden gezeigt worden waren, sowie von neuen SA-6-Raketen. Vom T 64, dem damals besten Panzer im Sowjetblock, gelang es sogar, das gesamte Innere des Tanks zu fotografieren. Zu den Erfolgen der Mission gehörten das mehrfache Anzapfen der russischen Telefonleitungen und das Orten des geheimen Kommunikationssystems des Warschauer Paktes. Nach Moskauer Ansicht installierten britische MVM-Of-

fiziere „elektronische Aufklärungsmittel in der Umgebung geheimer Objekte der sowjetischen Streitkräfte“.

In einem anderen Fall fiel der britischen Mission sogar ein Code-Verzeichnis von einem gerade abgeschlossenen Manöver in die Hände. Da andere britische Stellen den sowjetischen Funkverkehr in jenen Tagen aufgenommen hatten, konnte der gesamte Ablauf der Übung entziffert werden. Ab Anfang der 80er Jahre übernachteten alle britischen Missionsangehörigen in Wäldern, „sogar an den kältesten Tagen, an denen die Temperaturen tiefer als minus 20 Grad Celsius sinken konnten“. Sehr oft machten Sowjetsoldaten Gebrauch von ihren Schusswaffen bei Erkundungsfahrten der MVM. Im März 1969 schossen sie auf eines der Missionsautos ohne Warnung sogar mit Maschinengewehren und verweigerten jegliche Hilfeleistungen. Die Folgen bei



Gedenkstein für Arthur Nicholson an der B 191 in Karstädt/Mecklenburg-Vorpommern.

einigen Mitgliedern waren lebenslange Behinderungen. Nach dem Fall der Berliner Mauer meldete die British Military Mission nach London: „Der Verlauf war klar genug. Der Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands hat begonnen.“

Bis Dezember 1990 wurden alle Missionen der vier Siegermächte aufgelöst. Einige Mitglieder indes blieben insgeheim noch einige Jahre im vereinigten Deutschland. Warum, zu welchem Zweck, kann man nur vermuten...

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Für die Freiheit gestorben...

Auf dem Friedhof Dresden-Tolkewitz ruhen Menschen, die durch die Henker der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aus dem Leben gerissen wurden.

Die Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V., das Mauermuseum - Museum Haus am Checkpoint Charlie (gegründet und eröffnet 1962) stellte fest, daß eine Reihe von diesen in der DDR hingerichteten Menschen nicht rehabilitiert wurden. Die Angehörigen waren noch vor dem Fall der Mauer verstorben und die Opfer wurden vergessen...

Johann Burianek, Wolfgang Kaiser, Elli Barczatis, Karl Laurenz, Winfried Baumann, Bruno Krüger, Susanne Krüger, Gert Trebeljahr, Jan Kubanka, Johannes Schmidt, Karl-Albrecht Tiemann sind vergessen worden.

Der mit dem Überfall Hitlers auf Polen und die Sowjetunion begonnene Zweite Weltkrieg, der 55 Millionen Tote forderte, endete 1945 mit dem Sieg der West-

alliierten und der Sowjetunion. Deutschland und Berlin wurden besetzt und geteilt. „Die Idee, Deutschland mit den Russen regieren zu wollen, ist ein Wahn“, kommentierte der damalige amerikanische Botschafter in Moskau, George F. Kennan, das Potsdamer Abkommen. Mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Teilung festgeschrieben.

Das, was in der Sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR geschah, wurde für Dr. Rainer Hildebrandt zu einer Herausforderung. Auf einer Veranstaltung unter dem Motto „Nichtstun ist Mord“ am 17. Oktober 1948 im Titania-Palast in Berlin-West kündigte er die Gründung der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) an: „Ich habe eine Erklärung abzugeben: Ausgehend von Kreisen der Berliner Jugend wurde beschlossen, eine Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit zu gründen. Diese Kampfgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, systematisch den zahllosen Verbrechen gegen die Mensch-

satzungszone und gewann Sympathie bei der Bevölkerung Berlin-Wests.

Sein Sprechzimmer war stets überfüllt mit Verzweifelten, die nach Hilfe suchten. Aber auch mit denen, die bei der Arbeit helfen wollten. Das waren mutige Menschen, die eine beispiellose Courage zeigten. Unter ihnen war auch der am 16. November 1913 geborene Sohn eines Schuhmachermeisters, Maschinenschlosser aus Düsseldorf, Johann Burianek. Es war ein Widerstand, der die DDR-Funktionäre - die nur in Kategorien von Spionen, Diversanten und Agenten dachten - demoralisierte, von dem eine Macht ausging und vor dem sie Angst hatten, so wie auch bei den Hungerstreiks in Bautzen und Hoheneck oder dem Schweigestreik in Waldheim.

Der Kulturminister der DDR, Klaus Gysi, sagte bei der Erfurter Tagung des Kulturbundes 1950: „Der Aufbau der fortschrittlichen deutschen Kultur kann nur mit dauernder Reinigung unseres eigenen Denkens, unserer eigenen Produktion, unseres eigenen Strebens, unserer eigenen Arbeit von allen jenen Erscheinungsformen erfolgen, über die der Angriff des amerikanischen Imperialismus Zugang auch bis in unsere DDR findet.“ Das Muster für eine solche „Reinigung“ verriet der Brandenburgische Innenminister Siebert in einer Ansprache an die Lehrer: „Wir werden keine parteipolitischen Forderungen an die Lehrer stellen, aber wir werden weitgehend elementare politische Forderungen an die Lehrer stellen.“ Daraufhin ergoß sich ein seitdem nicht mehr abreißender Strom von Lehrern in den Westen, denen der Unterschied zwischen „parteipolitischen Forderungen“ und „elementaren politischen Forderungen“ nicht klar war. Diese „elementaren politischen Forderungen“ wurden an jeden DDR-Bürger gestellt. Und diejenigen, die mit der Diktatur nicht einverstanden waren, wurden brutal verfolgt.

Seine Wohnung in Nikolassee wurde zu einer Anlaufstelle für Verfolgte und Heimkehrer aus der Haft. Sie berichteten über die Haftbedingungen in den sowjetischen Speziallagern und brachten Lebenszeichen von Vermißten. Mit diesen Informationen arbeitete der von Dr. Rainer Hildebrandt organisierte Suchdienst nach politischen Gefangenen. Das Engagement des Leiters der KgU schuf Vertrauen in weiten Kreisen der Sowjetischen Be-



Johann Burianek am 23. Mai 1952 auf der Anklagebank in Berlin.

129

Untersuchungshaftanstalt I
Dresden

Dresden, den 23.11.1955
George-Bähr-Str.5

Vollstreckungsprotokoll

BStU
000140

In der Strafsache gegen

Barczatis, Elli, geb. 7.1.1912,

vom Obersten Gericht der DDR, 1. Strafsenat, wegen Verbrechen gegen Artikel 6 der Verfassung der DDR am 23.9.1955 zum Tode verurteilt, wurde am 22.11.1955 nach Feststellung der Personengleichheit 22.00 Uhr die Verurteilung durch

Gen. Staatsanwalt Jahnke	als Vertreter des Generalstaatsanwaltes
im Beisein des	
Gen. VP.-Rat Jonak	Als Vertreter der Vollstreckungsbehörde

vorgenommen.

Dem Verurteilten wurde mitgeteilt, daß ihr Gnadengesuch abgelehnt wurde und die Vollstreckung am 23.11.1955 in den Morgenstunden stattfindet.

Die Verurteilte nahm die Verurteilung gefaßt entgegen und erbat sich auf Befragen an ihre Angehörigen Schreiben zu dürfen. Ebenso erbat sie Rauchware. Beide Wünsche wurden ihr gewährt. Die Verurteilte verbrachte die Nacht mit Rauchen und Schreiben. Sie verhielt sich ruhig und bereitete keinerlei Schwierigkeiten.

Um 2.55 Uhr wurde sie gefesselt und ihr die Nackenhaare kurz geschnitten. Anschließend wurde sie gegen 3.00 Uhr in den Richtraum gebracht, wo ihr nochmals vom Anstaltsleiter im Beisein des Gen. Hauptarztes Dr. Skrobeck das Urteil kurz verkündet wurde und sie anschließend dem Scharfrichter übergeben. Die Vollstreckung nahm ca. 3 Sek. in Anspruch.

Nach erfolgreicher Ausfertigung sämtlicher vorgeschriebener Papiere wurde die Leiche im VP.-eigenen Kfz. mit der Freigabebescheinigung des Bezirksstaatsanwaltes nach dem Krematorium Tolkewitz gebracht und die Einäscherung im Beisein des Gen. VP.-Rat. Bachmann vollzogen.

als Vertreter des Generalstaatsanwaltes

Jahnke
(Jahnke)
Staatsanwalt

als Vertreter der Vollstreckungsbehörde

Jonak
(Jonak)
VP.-Rat

Hinrichtungsprotokoll von Elli Barczatis.

Quelle: BStU

ranfahrenden Zellenwagen eingeliefert. Die Häftlinge mußten vorher fast immer eine große Brille aufsetzen, damit ihr Gesicht nicht erkennbar war, wenn sie durch einen Zufall gesehen werden sollten. Häufig wurde ihnen auch noch eine Decke über den Kopf geworfen. Im Laufschrift sind sie in den Keller der Stasi gebracht worden. Männliche oder weibliche Häftlinge mußten sich auf dem Flur völlig entkleiden. Das Entkleiden mußte blitzartig schnell gehen. Sie hatten dann nur ein Hemd und die Hosen mit abgeschnittenen Knöpfen sowie bänderlose Schuhe an.

Mit einer Schimpfkanonade wurden sie in eine fast dunkle Zelle gestoßen. Nur ganz oben in der Zelle waren einige zigarrerdicke Luftlöcher vorhanden. Eine Pritsche und eine Decke waren darin, sonst nichts. Es waren Verliese, wie sie uns aus Kriminalbüchern bekannt sind. Morgens um sechs Uhr öffnete sich die Zelle, nachdem auch während der Nacht der Häftling häufig kontrolliert worden war. Der Gefangene mußte zur Waschzelle im Laufschrift gehen. Er wurde von drei Wachmännern mit drei bissigen Hunden begleitet. Ein versehentlicher Seitenschritt war genug, um gebissen zu werden. Das Waschen dauerte nicht länger als zwei Minuten. Das Essen war sehr dürrig, es bestand ständig aus Wassersuppen. Im furchtbaren feuchtkalten Keller litt das Augenlicht stark, und fast immer wurde

dort schon der Keim für eine spätere offene Tbc gelegt.

Außer den Dunkelzellen gab es solche, die mit extra starkem Licht am Tage und in der Nacht angestrahlt waren. Niemals konnte der Gefangene zur Ruhe kommen. Nach drei- bis sechswöchigen Behandlungen war fast jeder Häftling geständnisreif, wenn er nicht inzwischen verstorben oder ihm das Gebiß ausgeschlagen worden war und er somit zunächst überhaupt nicht vernehmungsfähig war. Dann erfolgten die Prozesse. Vom 23. bis zum 25. Mai 1952 fand eine Sitzung des 1. Strafsenates des Obersten Gerichtes der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin statt. Die Vorsitzende Hilde Benjamin und die Richter Trapp und Ziegler mit dem Generalstaatsanwalt Melsheimer und dem Staatsanwalt Purkert verurteilten Johann Burianek zum Tode. Im Urteil stand: „Wegen fortgesetzten Verbrechens gegen Art. 6 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und Abschnitt II, Artikel III der Kontrollratsdirektive 38 [wird] verurteilt der Angeklagte Johann Burianek zum Tode.“

Johannes Schmidt ist zum Tode verurteilt worden, weil er seinen Vater vermißte und kurz nach seiner Flucht aus der DDR den alten Vater besuchen wollte. In seiner Naivität (er war erst 26 Jahre alt) schrieb er sogar einen Brief an Ulbricht mit der Bitte, ihm zu erlauben, seinen Vater zu

besuchen. Nachdem er lange keine Antwort erhielt, wagte er in die DDR einzureisen, wo er sofort verhaftet, gefoltert, zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Die Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V., das Mauermuseum - Museum Haus am Checkpoint Charlie stellte die Rehabilitierungsanträge an die zuständigen Gerichte für Johann Burianek, Wolfgang Kaiser, Elli Barczatis, Karl Laurenz, Winfried Baumann, Bruno Krüger, Susanne Krüger, Gert Trebeljahr, Jan Kubanka, Johannes Schmidt, Karl-Albrecht Tiemann. Es war ein langer Weg, bis wir schließlich die Beschlüsse erhielten. Darin steht: „[...] wird das Urteil des Obersten Gerichtes der DDR [...] für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben [...] Der Betroffene wird rehabilitiert [...]“

Einigkeit und Recht und Freiheit, die wir genießen, haben wir Menschen wie Johann Burianek zu verdanken. Sie zu rehabilitieren, war das wenigste, was wir den Menschen, die ihr Leben für unsere Freiheit verloren haben, schuldig sind. Und wenn sie von den ewig gestrigen ehemaligen Stasi-Mitarbeitern oder sonstigen Genossen beschimpft werden, dann ist es nicht nur unsere Pflicht, diese zu stoppen, sondern es ist unsere Pflicht, eine würdige Antwort auf die Verunglimpfungen der Opfer der Diktatur zu geben, indem wir eine Straße nach Johann Burianek nennen.

Alexandra Hildebrandt

Beglaubigte Abschrift



LANDGERICHT BERLIN

Beschluss

(Fassung gemäß § 13 Absatz 2 Nr. 1 StrRehaG in Verbindung mit § 12 Absatz 3 StrRehaG)

Geschäftsnummer: (551 Rh) 3 Js 289/05 (361/05)

In der Rehabilitierungssache

des **Johann Burianek**
geboren am 16. November 1913 in Düsseldorf,
verstorben am 2. August 1952,

Antragstellerin:
Interessenvertretung für die Arbeitsgemeinschaft 13. August e. V.,
vertreten durch die Vorsitzende Alexandra Hildebrandt,
Friedrichstraße 43 - 45, 10969 Berlin,

hat die 51. Strafkammer des Landgerichts Berlin - Rehabilitierungskammer - nach Anhörung
der Generalstaatsanwaltschaft Berlin unter Mitwirkung des Vorsitzenden Richters am
Landgericht Christoffel, des Richters am Landgericht Heinatz und des Richters am
Landgericht Rosenthal am 2. September 2005 beschlossen:

1. Auf den Antrag der Antragstellerin wird das Urteil des Obersten Gerichtes der DDR vom 25. Mai 1952 (Az.: 1 ZSt (I) 6152; I-1-255/52) für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben, soweit es sich gegen den Betroffenen Johann Burianek richtet.
- Der Betroffene wird rehabilitiert.
2. Der Betroffene hat in der Zeit vom 5. März 1952 bis zu seiner Hinrichtung am 2. August 1952 zu Unrecht Freiheitsentziehung erlitten.
3. Der Betroffene hat einen Anspruch auf Erstattung von gezahlten Kosten des Strafverfahrens und gezahlten notwendigen Auslagen.
4. Kosten des Rehabilitierungsverfahrens werden nicht erhoben. Die notwendigen Auslagen des Betroffenen im Rehabilitierungsverfahren hat die Landeskasse zu tragen.

Christoffel
Beglaubigt
Justizaggestellte

Heinatz

Rosenthal



„90 Prozent der Frauen waren nie krank“

Die „Geschlossenen Krankenanstalten“ in der DDR

Auch fast 30 Jahre nach dem Mauerfall gibt es noch viele Themen der DDR-Vergangenheit, die einer Aufarbeitung harren. Die Historikerin Steffi Brüning aus Rostock hat eines dieser Themen näher beleuchtet. Sie präsentierte ihre

entsprechend verhielten und einen unangepaßten Lebensstil pflegten.

Steffi Brüning hat im Rahmen ihrer Masterarbeit und ihrer Promotion umfangreich zum Thema „Geschlossene Krankenanstalten“ in der DDR geforscht. Sie beschäftigte sich vorrangig mit der Situation in Rostock und Leipzig und konnte dazu in Leipzig umfangreiches Aktenmaterial von damaligen Patientinnen auswerten. Rechtlich vorgesehene Verfahren im Umgang mit Geschlechtskrankheiten waren in der DDR bis 1961 durch SMAD-Befehle (SMAD: Sowjetische Militäradministration) geregelt, danach galt bis 1989 die „Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten“. Eine Einweisung in die „Geschlossenen Krankenanstalten“ war demnach nur möglich, wenn sich die betreffende Person weder ambulant noch stationär behandeln ließ oder wenn sich die geschlechtskranke Person, die zum Kreis der Personen mit „häufig wechselndem Geschlechtsverkehr“ gehörte, einer stationären Behandlung verweigerte. In der Praxis wurde jedoch sehr oft das geltende Recht gebrochen.

„Haupteinweisungsgrund war in 90 Prozent der Fälle ‚Herumtreiberei‘“, sagt Steffi Brüning. So seien die weiblichen Minderjährigen und jungen Frauen z.B. durch die Transportpolizei an Bahnhöfen aufgegriffen und - wenn sie keine Fahrkarte hatten oder wenn sie ihr Fahrtziel nicht angeben konnten - in die Anstalten gebracht worden. Oft habe es sich bei den Betroffenen auch um Jugendliche aus gewalttätigen Elternhäusern gehandelt oder um psychisch Erkrankte.

Den Aufenthalt in den „Geschlossenen Krankenanstalten“ schildern die betrof-

fenen Frauen sehr oft als traumatisierend. So sei ihnen unmittelbar nach der Einweisung Anstaltskleidung ausgehändigt worden, sie hätten sich jeden Tag einer gynäkologischen Untersuchung unterziehen müssen und der gesamte Aufenthalt wäre vergleichbar mit Haftbedingungen gewesen. Oftmals wurden die Frauen und Mädchen nach dem Aufenthalt in der Anstalt in Heime oder in Jugendwerkhöfe verbracht.

„Viele Frauen haben noch heute Probleme damit, über das Erlebte zu sprechen. Selbst in Therapien verschweigen sie aus Scham die damaligen Schikanen“, weiß die Historikerin. Die Staatssicherheit interessierte sich sehr für die Insassinnen der Anstalten. In Rostock hatte sie zur Überwachung und Bespitzelung der Frauen eigens eine inoffizielle Mitarbeiterin in der „Geschlossenen Krankenanstalt“ platziert. Die Gesellschaftliche Mitarbeiterin Sicherheit „Eva“, die als leitende Fürsorgerin fungierte, sollte ihre Kontakte zu sogenannten „asozialen Personen“ und deren Vertrauen zu ihr nutzen, um Informationen für die Staatssicherheit „abzuschöpfen“ und Frauen als Spitzel anzuwerben. Regelmäßig lieferte „Eva“ Patientenlisten an die Stasi. Frauen, die von der Stasi als IM geworben worden waren und nicht im Sinne der Stasi ihre Spitzeldienste verrichteten, konnten durch die Stasi zur Disziplinierung in die Anstalten eingewiesen werden.

„90 Prozent der Frauen waren nie krank. Ihre Einweisung war nach geltendem DDR-Recht rechtswidrig. Daraus resultiert ein Rehabilitationsanspruch“, faßt Steffi Brüning den juristischen Aspekt der damaligen Praxis der illegalen Einweisungen zusammen.

Jörg Plath



Steffi Brüning: „Haupteinweisungsgrund war ‚Herumtreiberei‘.“

Forschungsergebnisse am 19. Juni 2018 mit einem Vortrag in Rostock. In der Johannisstraße 8 in Rostocks Innenstadt befand sich bis 1979 die „Geschlossene Krankenanstalt“, offiziell für geschlechtskranke Frauen und weibliche Jugendliche. Derartige Anstalten gab es in allen Bezirksstädten der ehemaligen DDR. Im Volksmund wurden sie „Tripperburgen“ genannt. Die meisten der dort festgehaltenen Frauen waren jedoch nie geschlechtskrank.

Tatsächlich dienten die Einrichtungen in Rostock und in den anderen Städten hauptsächlich der Disziplinierung und Kontrolle von Frauen, die gegen „sozialistische Normen“ verstoßen hatten, die sich nicht der „sozialistischen Moral“

Privatarchiv übergeben

(sl) Am 3. September 2018 wurde das umfangreiche Privatarchiv von Richard Böttge durch dessen Bruder Hans Böttge an das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. übergeben. Der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Lutz Rathenow, der die Übergabe initiiert und begleitet hatte, war ebenfalls zugegen. Der ehemalige Bautzen-Häftling Richard Böttge war bis zu seinem

Tod im Januar 2015 im Bautzen-Komitee aktiv und führte Zeitzeugengespräche in Schulen. Gerade weil er so jung war, als er verfolgt wurde, waren diese Gespräche für die Schüler immer etwas Besonderes.

Die übergebenen Dokumente zeigen die Komplexität eines Lebens zwischen unmittelbarer Verfolgung und beruflichem Aufstieg, sie belegen auch die Versuche,

mit Zivilcourage zu agieren trotz beruflicher Hindernisse und der Staatssicherheit im Genick. Weil sie die ganze Fülle eines Lebens in der Diktatur abdecken, sind sie besonders wichtig für die Nachwelt.

Anläßlich der Übergabe sagte Lutz Rathenow: „Das Archiv Bürgerbewegung Leipzig entwickelt sich immer mehr zu einem herausragenden Archivstandort, der offen zugänglich ist und von jedermann genutzt werden kann. Es ist ein interessanter Aufarbeitungsanreger.“

Aller Opfer gedenken

(rl) Erstmals fand in Frankfurt/Oder eine gemeinsame deutsch-polnische Gedenkveranstaltung für die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus statt. Mehr als 60 Teilnehmer aus Frankfurt und Ślubice sowie aus Potsdam und Berlin waren zu der Veranstaltung vor der Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewalt“ in der Frankfurter Collegienstraße gekommen. Darunter befanden sich auch viele Stadtverordnete von CDU und SPD. In Ansprachen würdigten Landtagsvizepräsident und

Bundsvorsitzender der UOKG, Dieter Dombrowski, Bundestagsabgeordneter Martin Patzelt, Frankfurts Oberbürgermeister René Wilke und Pfarrerin Gabriele Neumann die Opfer und ihre Leiden.

Wilke berichtete von ersten Gesprächen zur Vorbereitung, gerne habe er seine Unterstützung zugesagt, denn kein Opfer sei weniger würdig als ein anderes Opfer. Vielmehr müsse für uns alle heute gelten: Jedes Opfer ist ein Opfer zuviel.

Die polnische Sicht erläuterte Eugeniusz Jurczenko, er sagte zu den Anwesenden: Den Toten das Gedenken, den Lebenden die Versöhnung. Dabei lud der Kreisvorsitzende schon jetzt alle zur öffentlichen Einweihung des neuen Denkmals für die Sibirien-Deportierten am 17. September in Ślubice ein.

Nach den Ansprachen wurden Kränze und Blumen niedergelegt. Das Gedenken fand am 23. August statt, dem Tag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes, der auch Europäischer Gedenktag für die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus ist. 

Ein Fest in Malchow

Im Süden von Mecklenburg-Vorpommern gibt es den Luftkurort Malchow. Seit 1235 hat diese Gemeinde das Stadtrecht und seit 1853 wird alljährlich das „Malchower Volksfest“ gefeiert. 2018 war es somit zum 165. Mal. Eine fröhliche Zusammenkunft mit großen Umzügen vieler Kinder und am folgenden Tag der Umzug mit Erwachsenen und viel Musik, dazu mit herrlichen Ideen für Tausende Zuschauer, auch aus umliegenden Gemeinden. Am Abend finden ein Schiffskorso und ein Feuerwerk statt, also insgesamt ein lustiges Treiben.

Aber in Malchow begannen vor 73 Jahren auch tragische Ereignisse, die für viele Menschen eine Tragödie waren. Es handelt sich um die sogenannte Werwolf-Tragödie. Nach der Ideologie des nationalsozialistischen Propagandaministers Göbbels sollten die sogenannten Werwölfe als letztes Aufgebot gegen die Besatzungsmacht kämpfen.

Was war 1945 und 1946 in Malchow geschehen? In diesen beiden Jahren verhaftete der Geheimdienst der Roten Armee meist willkürlich und ohne jede juristische Grundlage aus Malchow und Umgebung etwa 33 Jungen und Mädchen im Alter von 13 bis 16 Jahren unter dem Verdacht, „Werwolf“ zu sein. Kaum einer der Jugendlichen wußte überhaupt, was ein „Werwolf“ war und welche Aufgaben er leisten sollte. In den Kerkern des NKWD wurden diese jungen Menschen solange befragt und gefoltert, bis sie ein Geständnis unterschrieben, mit ihren „Taten“, die sie nie begangen hatten.

Es kam ohne juristischen Beistand und ohne Zeugenanhörung zu Prozessen vor

Sowjetischen Militärtribunalen, in denen die unschuldigen Kinder zu Strafen in undenkbaren Höhen verurteilt wurden. Oft waren es Urteile von fünf, zehn, 15, 20 oder auch 25 Jahren Strafvollzug. Bei einigen Jugendlichen wurde sogar die Todesstrafe verhängt. Besonders tragisch aber, daß einige Todesstrafen auch vollstreckt wurden. Selbst als der Landtag von Mecklenburg im Jahre 1947 feststellte, daß es in diesem Land überhaupt keine Werwolf-tätigkeit gegeben hatte, wurden die Jugendlichen weder freigelassen, noch begnadigt.

In der Malchower Gartenstraße befand sich die sogenannte „Villa Blanck“. Die Siegermacht hatte 1945 diese Villa als Kommandantur besetzt. In den Kellerräumen waren behelfsmäßige Kerkerzellen eingerichtet worden, die noch einige Jahre existierten.

Nach der politischen Wende kaufte dieses Haus eine Familie, die von den Vorgängen der Nachkriegszeit nichts wußte.

Als vor einigen Jahren vor dieser Villa ein Gedenkstein errichtet wurde, hatten sich die neuen Besitzer nach dem Sinn dieses Steines erkundigt. Seitdem haben sie sich intensiv bemüht, die Erinnerung an die dramatischen Vorgänge um 1945 wachzuhalten. Der Familie Halbig ist besonders zu verdanken, daß nach der jährlichen Gedenkveranstaltung auf ihrem Gelände alle Teilnehmer und Gäste zu einer großen Kaffeerunde eingeladen werden. Man sollte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß alle verurteilten Jugendlichen in den 90er Jahren von der Russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert worden sind.

Seit 22 Jahren findet nun unter großer Anteilnahme prominenter Gäste und Vertreter der Landespolitik eine würdevolle Gedenkveranstaltung statt. Musikalisch umrahmt wird diese Veranstaltung traditionsgemäß immer durch das Bläsersextett des Heeresmusikkorps Neubrandenburg.

So begann auch in diesem Jahr die Gedenkstunde mit einem würdevollen Musikstück. Danach begrüßte der Bür- 



Bei der Kranzniederlegung.



(v.l.) Vincent Kokert, CDU, Gerhard Teege, Überlebender (90 Jahre alt).

germeister der Stadt Malchow, René Putzar, die eingetroffenen Gäste. Es folgten Grußworte der Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit Mecklenburg-Vorpommern, Anne Drescher. Der Vorsitzende des Bautzen-Komitees und Leiter

der Gruppe „Kinder hinter Stacheldraht“,

Alexander Latotzky, selbst im „Gelben Elend“ in Bautzen geboren, sprach ebenfalls ein Grußwort. Der Vorsitzende der Initiativegruppe Lager Mühlberg e.V., Pfarrer Matthias Taatz begrüßte die Teilnehmer auf das Herzlichste. Auch die Vorsitzende der Initiativegruppe Buchenwald, Heidrun Brauer, überbrachte ein Grußwort. Anschließend spielte das Heeresmusikkorps

aus Neubrandenburg ein Stück aus der irischen Tradition.

Danach hielt der Landesvorsitzende der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Vincent Kokert, eine sehr beeindruckende Gedenkrede. Er begann seine Ausführungen mit einem Vergleich seiner drei Söhne mit den damaligen jungen Menschen, die völlig unschuldig in die Werwolftragödie verwickelt waren. Seine Söhne aber könnten heute völlig unbeschwert die Freiheit und die Demokratie in unserem Land mit allen ihren Möglichkeiten genießen.

Eine Absolventin des Fleesensee-Gymnasiums Malchow begrüßte dann die Teilnehmer. Die Schüler dieser Schule haben sich schon vor Jahren im Geschichtsunterricht intensiv mit der „Werwolf-Tragödie“ beschäftigt. Hinzu kommt noch ihre bewundernswerte Aktivität bei der Vorbereitung der gesamten Veranstaltung.

Der Malchower Pfarrer Eckard Kändler sprach ein Gebet. Später erfolgte die Kranzniederlegung vor dem Gedenkstein.

Das Musikkorps der Bundeswehr intonierte mit einem Trompetensolo das bekannte Stück: „Ich hat' einen Kameraden...“. In diesem Moment wurden viele Anwesende und die wenigen Überlebenden der Tragödie tief ergriffen. Diese erinnerten sich dabei an die ihnen zugefügten Qualen, die auch ihre Kameraden ertragen mußten, Kameraden, die heute nicht mehr unter ihnen sein können. Alle Anwesenden sangen danach die Deutsche Nationalhymne „Einigkeit und Recht und Freiheit“ mit ihrem 177 Jahre alten Text.

Wie in jedem Jahr, lud die Familie Halbig die Anwesenden zu Gesprächen bei Kaffee und Kuchen ein. Einige fleißige Schüler des Fleesensee-Gymnasiums waren zur Bedienung der Gäste angetreten.

Für die umfangreiche Vorbereitung und den würdevollen Verlauf der gesamten Veranstaltung wurde der Familie Vau aus Neubrandenburg auch in diesem Jahr herzlich gedankt.

Hanns Osterloh

Erinnerung an den Bau der Berliner Mauer

(gbm) Die zentrale Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 fand auch in diesem Jahr in der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße statt. Anlässlich des 57. Jahrestags des Mauerbaus sagte der Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Prof. Dr. Axel Klausmeier:

„Nichts hat der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland nachhaltiger das Gesicht einer Diktatur gegeben, als die

Berliner Mauer, die die Stadt zwischen August 1961 und November 1989 teilte. Es ist uns Auftrag und Verpflichtung, die Erinnerung an die Opfer von Mauer und Teilung wachzuhalten – und zwar an jedem Tag des Jahres. In den Ausstellungen der Gedenkstätte Berliner Mauer, im Rahmen unserer Bildungsangebote sowie in den beinahe täglich stattfindenden Andachten in der Kapelle der Versöhnung gedenken wir der Opfer. Dabei ist es die Kernaufgabe dieses Ortes, die Bedeutung

von Demokratie und Freiheit immer wieder neu herauszuarbeiten und zu vermitteln.“

Rund 150 Gäste nahmen an der Veranstaltung teil. Die Erinnerung an die Teilung der Stadt stand im Mittelpunkt der Gedenkandacht in der Kapelle der Versöhnung. Nach der Andacht wurden am Denkmal der Gedenkstätte Berliner Mauer, das den Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft gewidmet ist, Kränze niedergelegt.

UOKG trifft neuen Beauftragten für NRW

(bb) Seit Februar 2018 gibt es in Nordrhein-Westfalen einen Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern. Zu dem entsprechenden Aufgabenbereich zählt die Landesregierung auch Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR. Als Landesbeauftragter bestellt wurde Heiko Hendriks (CDU).

Am 20. August kam es zu einem ersten Kennenlerngespräch im Büro des Landesbeauftragten in Düsseldorf. Neben Heiko Hendriks nahm noch der ehemalige Leiter der Landeszentrale für politische Bildung in NRW, Dr. Guido Hitze, an dem Gespräch teil. Die UOKG wurde durch Benjamin Baumgart vertreten. Es wurden zahlreiche Themen, die die Betroffenen belasten, angesprochen, und für die Zukunft wurde eine enge Zusammenarbeit vereinbart.



(v.l.) Heiko Hendriks, Benjamin Baumgart und Dr. Guido Hitze.

„Unsere Zukunft hat schon begonnen“

Eine Wanderausstellung des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e.V.

(HT) Die Wanderausstellung „Unsere Zukunft hat schon begonnen“ stellt zunächst die verfehlte Umweltpolitik durch die SED dar. Die wirtschaftlichen Prämissen der Staatspartei zu Gunsten der industriellen Produktion und der Devisenbeschaffung führten zur massiven Zerstörung des Lebensraumes. Umweltdaten unterlagen einer strikten Geheimhaltung.

Ab Ende der 1970er Jahre gründeten sich erste Umweltgruppen in der DDR, und ihre Anzahl nahm im Laufe der 1980er Jahre stetig zu. Die Ausstellung zeigt deren Form der Informationsgewinnung und das öffentlichkeitswirksame Agieren, wie Protestmärsche oder das Herstellen von ökologischen Untergrundzeitschriften. Fokussiert wird auch die Repressionsgeschichte der Umweltgruppen durch SED und Staatssicherheit.

Den Schwerpunkt der Ausstellung bildet die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Christlichen Umweltseminars Rötha (CUR) in der Braunkohleregion des Leipziger Südraums. Das Gebiet war vom Kohletagebau, der Braunkohle- und Karbolchemie geprägt, was zu massiven Umweltschäden führte. Ab dem Jahr 1981 begann das CUR, zunächst mit Baum-

pflanzaktionen, Informationsabenden und umweltbezogenen Gottesdiensten zu agieren. Die ab 1983 stattfindenden Umweltgottesdienste entwickelten sich zu öffentlichkeitswirksamen Treffen.

Mit der Protestaktion „Eine Mark für Espenhain“ im Jahr 1988 erreichte das CUR eine unerwartete Resonanz. Mit 100 000 Unterstützern entwickelte sich diese Unterschriften- und Geldsammlung zur ersten und einzigen Bürgerinitiative in der DDR.

Nach der Deutschen Einheit steht der Wandel des Leipziger Südraums von einer Industrieregion zu einem zukunftsorientierten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Raum im Zentrum der Arbeit des CUR. In diesem Sinne zeigt die Ausstellung auch die in der Öffentlichkeit oft unbeachtete erfolgreiche Transformationsgeschichte Ostdeutschlands.

Anhand von sechs Biographien werden auf persönlicher Ebene die Intentionen, die Aktivitäten, die Erfahrungen, aber auch die Bspitzelung durch die Staatssicherheit dokumentiert. Persönliche Fotos und Dokumente sowie Zitate zeigen die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft. Ei-

nen vertiefenden Einblick vermittelt die Medienstation, in der sieben Zeitzeugen und Zeitzeuginnen ihre Geschichten erzählen.

Umfang der Ausstellung:

- 9 Bild-Text-Tafeln in den Maßen 1400 × 2200 mm
- 6 Bild-Text-Tafeln in den Maßen 700 × 2200 mm
- 1 Medienstation Displaysäule
- 2 Verpackungskisten in den Maßen ca. 2050 × 1450 × 400 mm
- Transport muß hochkant (1450 mm) erfolgen

Die Ausstellung wurde gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Sächsischen Landtags.

Bei Fragen zur Ausstellung und zur Ausleihe wenden Sie sich bitte an: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., Bernhard-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig, Tel. (03 41) 306 51 75, E-Mail info@archiv-buergerbewegung.de, www.archiv-buergerbewegung.de, Öffnungszeiten Mo – Fr 10.00–16.00 Uhr



Leserbrief

Die zweite Gedenktafel

Zum Beitrag „Spätes zweites Gedenken. Das Schicksal des christlichen Märtyrers Pfarrer Reinhard Gnettner“ in Ausg. 1/2018, S. 12

Der Beitrag von Stefan Krikowski über das „späte zweite Gedenken“ des „Schicksals des christlichen Märtyrers Pfarrer Reinhard Gnettner“ liefert ein umfassendes Bild vom Werden jener zweiten Gedenktafel am alten Pfarrhaus in Fürstenberg/Oder. Er beschreibt einen Vorgang, an dem ich zeitweise (sowie kraft Amtes) intensiv beteiligt gewesen bin. Der Verfasser berichtet von einem „langwierigen Unterfangen“ sowie von einem „erheblichen Dissens in Bezug auf den Text für die neue Tafel“, der zwischenzeitlich bestanden habe. Es ist mir ein Bedürfnis, diese Schilderung auch meinerseits zu bestätigen.

Bei der Langwierigkeit des Verfahrens sowie unserem Dissens spielte zunächst gewiß eine Rolle, daß wir in der Kirchengemeinde eine Korrektur der alten Gedenktafel gar nicht auf der Agenda hatten. Die von Herrn Krikowski dann mit ins Spiel gebrachten Aufarbeitungsorganisationen sowie auch einige wenige Personen aus dem Bereich der Evangelischen Kirche haben – zusammen mit der Sachkenntnis von Herrn Krikowski selbst – schließlich wertvolle Hilfe geleistet und mich davon überzeugen können, einen ersten Entwurf aus eigener Feder nicht sogleich als das Maß aller Dinge anzusehen. Daß am Ende jede der vorgebrachten Beanstandungen in irgendeiner Weise in den Text einfließen konnte und so nicht nur ein rundes, sondern auch ein weitgehend abgesichertes Ganzes entstehen konnte (eingeschlos-

sen die Genehmigung der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Oder-Spree), wäre ohne diese Hilfe nicht denkbar gewesen.

Wir haben bei der Gedenkfeier schon ausführlich gedankt. Hier möchte ich meinen herzlichen Dank speziell an Herrn Krikowski, den eigentlichen Initiator dieses zweiten und notwendigen Gedenkens, noch einmal wiederholen. Vom Ende her betrachtet, war es die Mühen unbedingt wert.

Da der Inhalt der neuen Gedenktafel zwar von ihm vollständig umrissen, aber (im Gegensatz zur alten Gedenktafel) in einem Beitrag nicht noch einmal wörtlich wiedergegeben wurde, möchte ich diesen Wortlaut noch nachliefern – deutlich möge im Nebeneinander von alter und neuer Tafel erneut werden, was zum Martyrium von Reinhard Gnettner gehörte, nämlich daß Familie und Öffentlichkeit von Seiten des Staates über Jahrzehnte



hinweg über die wahren Umstände seines Verschwindens im Unklaren gelassen wurden:

„Nach 1994 wurde bekannt: Die Begnadigung fand nicht statt. Das Todesurteil über Pfarrer REINHARD GNETTNER – vom Sowjetischen Militärtribunal in Potsdam allein aus politischen Gründen verhängt – wurde am 27. Juni 1951 im Butyrka-Gefängnis in Moskau durch Erschießung vollstreckt. Die Asche des Verstorbenen wurde auf dem Donskoje-Friedhof in Moskau vergraben. Am 22. Juni 1995 hat ihn die Oberste Militärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitiert.“

Pfarrer Wolfgang Krautmacher,
Eisenhüttenstadt/Fürstenberg O.

„Mauern. Gitter. Stacheldraht“

Politische Repression in SBZ und DDR 1945 – 1990
Eine Plakatausstellung der UOKG

Die Ausstellung gibt den vielfältigen Repressionen in SBZ und DDR Namen und Gesichter. Sie ist eine gute und preiswerte Möglichkeit, um an öffentlichen Orten die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland anzuregen und zu fördern.

Die Ausstellung (die auch als Wanderausstellung im Banner-Format bestellt werden kann) besteht aus 17 Plakaten in der Größe DIN A1. Sie wird für eine Gebühr von 10 Euro plus 10 Euro Porto und Verpackung per Post zugesandt. Auf Wunsch wird für die Eröffnung der Ausstellung ein authentischer Zeitzeugenvortrag vermittelt. Der Kostenanteil dafür beträgt 50 Euro. Die Ausstellung kann bestellt werden bei: UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail p.dombrowski@uokg.de; weitere Informationen in Ausgabe 8/2016 und auf www.uokg.de/projekte/wanderausstellung/.

Abschied

Martin Hoffmann, geboren am 1. Februar 1930, gehört zu den Studenten in Sachsen, die nach 1945 ihr Eintreten für Recht und Demokratie, besonders für die Einhaltung der Menschenrechte, fast mit dem Leben bezahlt hätten. Das

Studium an der Ingenieurschule in Mittweida/Sachsen ab 1950 endete am 24. Oktober 1951 mit der Verhaftung durch die Staatssicherheit der DDR und der Auslieferung an den sowjetischen Geheimdienst im Rathaus Mittweida. Schnell

wurde er zum Tode verurteilt. Am 5. Januar 1952 wandelte ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT) das Todesurteil in 25 Jahre Zwangsarbeit in Workuta um. Für den noch nicht 22 Jahre alten Hoffmann waren das zutiefst trübe Ausichten. Später hat er diese Zeit in Aufsätzen und Darstellungen reflektiert.

Durch die zähen, erfolgreichen Verhandlungen von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer in Moskau 1955 kommt auch Martin Hoffmann am 15. Oktober 1955 frei und zurück nach Deutschland, in die Bundesrepublik. Hier setzt er 1958 sein

Ingenieurstudium in Karlsruhe fort und schließt es nach drei Jahren erfolgreich ab. Es ist zugleich der Beginn seiner Sammlung von Archivalien über die SED-Diktatur und des Widerstandes. 1968 wird er Mitbegründer von amnesty international, Gruppe Karlsruhe. Seine Berufstätigkeit im Öffentlichen Dienst, LVA Baden, endet nach 30 Jahren am 31. März 1992 mit der Pensionierung. Zuletzt war er als Technischer Leiter tätig.

Doch für Martin Hoffmann gab es kein Ausruhen. 1993 nahm er das Studium der Geschichte und Philosophie an der Universität Fridericiana in Karlsruhe auf, nicht als Hörer, sondern als Student. Nun erwarb er das theoretische Rüstzeug, um seine zweite Karriere zu beginnen.

Im Jahr 1996 sind drei Ereignisse für Martin Hoffmann richtungsweisend: Am 22. August erfolgt seine Rehabilitierung durch den Militärstaatsanwalt der Russischen Föderation, Leonid P. Kopalin, in Moskau. Am 1. Oktober besteht er die Magisterprüfung mit einer Arbeit über „Nikolaj Berdajajew und die Freiheit des Geistes“. Schließlich beginnt er zielgerichtet mit dem Aufbau einer Sammlung zur SED-Diktatur und zum Widerstand nach 1945.

Nach fünf bzw. sechs Jahren eröffnet Hoffmann am 17. Juni 2001 ein Zeitzeugenmuseum in Karlsruhe zum GULag in Workuta und zur Einhaltung der Menschenrechte. Später eröffnet er zur gleichen Thematik ein Museum in seiner Heimatstadt Oederan, in der er bereits seit 1993 seinen ersten Wohnsitz innehat.

Mit 76 Jahren, am 8. Februar 2006, promoviert Martin Hoffmann zum Dr. phil. an der Universität Karlsruhe mit der Arbeit „Sokrates-Bilder in der europäischen Ideengeschichte“. Im gleichen Jahr veröffentlicht er eine seiner wichtigsten Schriften: „...ab nach Workuta!“ Hier schildert er seinen Lebensweg in die kalte Hölle nördlich des Polarkreises.

Seit 2007 liegt auch seine Habilitationsschrift vor: „Verschwinden lassen und Raub von Menschen in der DDR. Vom Widerstand gegen Menschenrechtsverletzung“.

Seitdem ist die Liste seiner Vorträge und zeitgeschichtlichen Veröffentlichungen ständig angewachsen. All seine Aktivitäten sind ehrenamtlich und dienen der Aufklärung über ein menschenverachtendes System.

Am 25. März 2008 verlieh ihm der Bundespräsident, vertreten durch den sächsischen Ministerpräsidenten Milbradt, das Bundesverdienstkreuz am Bande. Der Freistaat Sachsen wollte diesem geballten, gradlinigen Leben mit der Verleihung des Verdienstordens gewiß eine besondere Ehre erweisen. Zuletzt hatte das Staatsministerium in Baden Württemberg ein Prüfungsverfahren eröffnet, an dessen Ende die mögliche Verleihung des Professorentitels stand.

Am 2. Juni 2018 ist Dr. Martin Hoffmann in Karlsruhe gestorben. Er wurde am 15. Juni 2018 in Oederan beerdigt.

Gerald Wiemers



Martin Hoffmann, 2006.

Foto: Universitätsarchiv Leipzig/Wiemers

Erstmals gesicherte Daten

(ts-rk) Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen will ein Register mit den Namen aller Opfer des Kommunismus in Deutschland erstellen. Ende 2018 soll mit der Arbeit begonnen werden. Als Vorbild soll die Datenbank der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem dienen, in der die Opfer des Holocaust namentlich verzeichnet werden.

Die Gedenkstätte will damit „erstmals gesicherte Daten über die Zahl der politisch Verfolgten in der DDR erheben“. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert das Vorhaben laut Tagesspiegel voraussichtlich mit 5,3 Millionen Euro. Die Gedenkstätte arbeitet bei ihren Recherchen mit der Berliner Humboldt-Universität und mit sieben weiteren Universitäten und Gedenkstätten zusammen.

Zu diesem Zweck wird ein „Forschungsverbund zur Erfassung und Analyse der politischen Repression in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR“ gegründet. Koordinator ist Jörg Baberowski vom Lehrstuhl für die Geschichte Europas an der Humboldt-Universität.

Stadtführung mit historischen Fotos

„Stasi contra Kiez“

Das ehemalige Stasi-Gelände: Ganz früher, früher, heute, irgendwann...

Die Führung zeigt an der Entwicklung der Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, wie der Überwachungsstaat sich buchstäblich in den Kiez hineinfräste. Der Konflikt mit den Bürgern steht symbolisch für die Ausweitung der Überwachung und das Eindringen des MfS in den Alltag der DDR-Bürger.

Ab sofort jeden ersten Sonntag im Monat oder frei nach Vereinbarung.

Dauer: 90 Minuten, Teilnahmegebühr: 8 Euro pro Person (reduzierte Gruppentarife sind möglich)

Treffpunkt: Haus 1, Ruschestr. 103, 10365 Berlin (Nähe U-Bahnhof Magdalenenstraße)

Anmeldung unter:
bueko_1501_berlin@web.de,
Tickets online: <http://www.buergerkomitee1501berlin.de/>

Eine Veranstaltung des Bürgerkomitees 15. Januar e.V.

Spendenaufwurf

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der UOKG,

es ist wieder so weit. Alle halbe Jahre bitten wir Sie durch einen Spendenaufruf um Ihre Unterstützung.

Auch wenn die UOKG durch verschiedene staatliche Institutionen gefördert wird, sind wir auf Ihre Spenden angewiesen. Neben den von uns zu entrichtenden Eigenbeteiligungen wollen wir auch in der Lage sein, unsere Mitgliedsverbände im Notfall unterstützen zu können.

Mit 2019 steht uns ein wichtiges Jahr bevor. 30 Jahre Mauerfall! Im ganzen Land wird es zahlreiche Veranstaltungen geben. In erster Linie wird gefeiert wer-

den. Auch die UOKG plant wieder verschiedene Veranstaltungen. Neben den vielen, durchaus berechtigten Feierlichkeiten möchten wir aber besonders auf die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft und darauf, wie es ihnen heute geht, aufmerksam machen.

Wir freuen uns über jede Ihnen mögliche Unterstützung!

Ihr Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender der UOKG

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Theo Mittrup, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin. Bitte eigene Adresse angeben!)

Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 8.10.2015 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

U O K G e. V.

IBAN

DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

DEUTDE33HAN

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

S p e n d e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Datum

Unterschrift(en)

Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Art.-Nr.: 113 360
423 100



.....
 Wolfgang Templin: *Der Kampf um Polen. Die abenteuerliche Geschichte der Zweiten Polnischen Republik 1918-1939*, Verlag Ferdinand Schöningh 2018, 254 S., 39,90 €

Lange Widerstandstradition

(VT) In seinem neuen Buch „Der Kampf um Polen“ erzählt Autor Wolfgang Templin die unglaubliche und abenteuerliche Geschichte der zweiten Gründung des polnischen Staates: Nach 123 Jahren der Aufteilung zwischen Rußland, Österreich und Preußen ließen die Polen im November 1918 ihr Land als souveränen Staat wieder entstehen, während die drei Großmächte mit dem Ende des Weltkriegs in Niederlage und Revolution taumelten. Der Zweiten Polnischen Republik aber gab kaum einer seiner Nachbarn eine Überlebenschance.

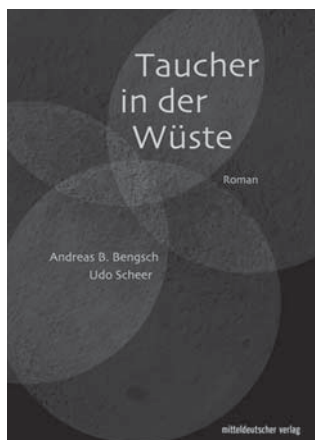
Die Zweite Polnische Republik Polen wurde in Europa als „Saisonstaat“ oder störender Raum zwischen

Deutschland und Rußland betrachtet. Auseinandersetzungen zwischen extremen Linken und Rechten beförderten die Instabilität der neuen Republik. Dennoch gelang es über 20 Jahre, Polen als selbständigen Staat zu erhalten.

Erst der gemeinsame Überfall Deutschlands und der Sowjetunion beendete 1939 die Existenz Polens zeitweilig wieder. Das Buch schildert die frappierenden Umstände der Gründung der Zweiten Polnischen Republik, ihre äußere Bedrohung durch die Nachbarstaaten wie etwa den Krieg gegen Sowjetrußland, aber auch die inneren Konflikte. Die Zeit von 1918 bis 1939 war ein an vie-

len Fronten geführter Kampf um die Existenz Polens. Heute ist jene Zeit in Polen wieder umstritten: Es geht um die historische Deutung der Zweiten Republik, um das Aufbrechen alter Spannungen und Gegensätze, die bis vor 1939 zurückreichen. So liefert der Blick des Autors auf die Geschichte auch einen Schlüssel zum besseren Verständnis der aktuellen polnischen Auseinandersetzungen.

Nicht zuletzt scheint die ungebrochene Widerstandstradition der Polen, die mit der Solidarność-Bewegung ihren Höhepunkt 1989 fand und auf den gesamten Ostblock ausstrahlte, hier eindrucksvoll bereits vor 100 Jahren auf. 



.....
 Andreas B. Bengsch, Udo Scheer: *Taucher in der Wüste. Die Nächte und Tage des Carl Graff*. Roman, Mitteldeutscher Verlag 2018, 224 S., 16,- €

Taucher in der Wüste

Hin und wieder beschleicht einen das Gefühl, Kafka und Schwejk müßten an der Ecke lauern. Und was versteht man wohl unter einem „Wüstentaucher“? Ist doch eigentlich ein Paradoxon.

Andreas B. Bengsch hinterließ fragmentarische Aufzeichnungen, eine Art Fabel, oftmals produziert im Wodkanebel, die Udo Scheer – sein Freund – in eine fesselnde Roman-

form brachte. Bengsch, gebürtiger und aufsässiger DDR-Bürger, Journalist und „Staatsgeschwür“, nach diversen Haftstrafen freigekauft, während Scheer gebürtiger Wessi war, der mit den Eltern in die DDR übersiedelte und später als Publizist und Schriftsteller von staatswegen ebenfalls ausgebremst wurde.

Der Roman-Protagonist Carl Graff – ein Alter Ego von Andreas Bengsch? Könnte sein! Der informiert die Leser über Orte wie Rostland, Magdalena, Hohes Schönhaus oder Tiefenhäulichhausen, Burg des Rummels, Halle

des Roten Ochsens und andere, in denen Unehrenbürger willkommen sind, und über Schlüsselknechte, die mit KLACK und WUMM darin wirken. Größere Verachtung kann man solchen Orten nicht entgegenbringen.

Carl Graff ist bemüht, von seinem Leben wegzutauchen, einem Leben in einer Öde, an der er scheitert, verursacht durch die kommunistische Gewaltherrschaft in „Rostland“. Nach dem Freikauf mäandert er ziellos durch Europa, trifft interessante Menschen, mit denen er „philosophiert“. Nicht immer ist klar, ob seine Philosophierpartner tatsächlich existieren, z.B. Fiddy, der seltsame Millionär-Kommunist, den er in Monte Carlo trifft. Oder der reiche Exilrusse Woskresenskij, dessen Ehefrau Olga in Wladiwostok im ehemaligen Kaufhaus Kunst & Albers Pralinen verkaufte. Auch Statuen mutieren schon mal zu Gesprächspartnern. Er bedauert die „Möndin“, die nur zwölf Mal im Jahr voll sein darf, er hingegen alle Tage. Prost. Seine Reisen und Aufzeichnungen enden schließlich in Griechenland. Jamas.

Man muß sich die Zeit geben zum Hineinlesen in die Sprache der Geschichten über Graffs Leben in Rostland und dem Rest der Welt. Möglich, daß sich der eine oder der andere als Seelenverwandter erkennt.

Sybill Krägel

„Der Insulaner hofft unbeirrt...“

Der Untertitel des hier zu beschreibenden Buches könnte als kürzestmögliche Zusammenfassung seines Inhalts gesehen werden: „Stalins Griff nach der deutschen Hauptstadt und der Freiheitskampf Berlins“. Ein Buch zur Blockade Berlins gibt es doch schon, so möchte man fast sagen, und nicht nur eins. Aber hier liegt ein mit Zeitzeugeninterviews von Privatpersonen angereichertes und damit aufwendig recherchiertes Buch vor, das noch dazu gut lesbar geschrieben ist. Autor Matthias Bath verbindet die politischen Ereignisse des Blockadejahres mit Berichten persönlichen Erlebens, auch literarische Beschreibungen (z.B. „Molle mit Korn“) fließen ein. Er unterteilt das Buch in fünf Kapitel, jeweils mit einer chronologischen Darstellung der relevanten Ereignisse.

In „Berlin unter Viermächteverwaltung“ geht Bath auf die unterschiedlichen Interessen der Westmächte und der Sowjetunion in Bezug auf Deutschland, aber auch auf die unterschiedliche Interessenlage von Frankreich und den USA ein. Die vier Besatzungsmächte einigten sich nicht auf eine gemeinsame Währung in ihren Zonen und Sektoren. Damit wurde die Währungsfrage zur „Sollbruchstelle“. Die Sowjets wollten die östliche Währung für alle vier Sektoren Berlins, die westliche Währung ließen sie in ihrem Sektor nicht zu. Nachdem die Westmächte in den USA gedruckte zehn Milliarden DM, im übrigen getarnt als militärischer Nachschub, nach Frankfurt/Main eingeflogen hatten, war die Währungsreform in den Westzonen nur noch eine Frage von Tagen. In den Westsektoren Berlins wurde die DM mit einem aufgestempelten „B“ für Berlin ausgegeben. Die Berliner, auch in schwierigen Zeiten immer wieder zum Scherzen aufgelegt, nannten sie B-Mark, die kriegszerstörte Stadt hingegen die „Stadt der Warenhäuser“ (da waren mal Häuser und da waren mal Häuser...). Die Sowjets stellten am 16. Juni ihre Mitarbeit in der Alliierten Kommandantur ein, womit die Viermächteverwaltung Berlins beendet war. Die Währungsreform im Westen begann zwei Tage später.

Am 24. Juni verfügte die Sowjetunion die Blockade Berlins. Zu Wasser und zu Lande konnten keine Transporte aus den Westzonen die Westsektoren Berlins erreichen. Lebensmittel und Kohle aber waren lebensnotwendig für die Menschen. Deshalb wurde von Amerikanern und Briten die Luftbrücke eingerichtet.

Später gesellten sich auch die Franzosen dazu. Sie nannten es „Operation Vittles“ (Verpflegung). Die Berliner hielten die Situation das ganze Blockade-Jahr aus, sie nahmen das Angebot der SED, sich im Ostsektor zu versorgen, im wesentlichen nicht an.

Der Autor weist auch auf den hohen Frauenüberschuß im damaligen Berlin hin. Nicht nur als Trümmerfrauen gingen sie in die Geschichte ein, ebenfalls als politisch standhafte Menschen. Damit ist auch das RIAS-Radiokabarett „Die Insulaner“ angesprochen. Das Lebensgefühl der West-Berliner konnte wohl von Tatjana Sais und Günter Neumann nicht besser beschrieben werden: „Der Insulaner verliert die Ruhe nicht, der Insulaner liebt kein Getue nicht, der Insulaner hofft unbeirrt, daß seine Insel wieder schönes Festland wird.“ Richtig Festland wurde Berlin aber erst mehr als vierzig Jahre später.

Das Luftbrücken-Denkmal am ehemaligen Flughafen Tempelhof und die Bezeichnung „Clayallee“ für die ehemalige Kronprinzenallee erinnern an die Zeit der Blockade. Die Namen der Todesopfer unter den Piloten wiederum, auf dem Sockel des Denkmals eingemeißelt, erinnern an den hohen Preis, den die Luftbrücke forderte. Die Sowjetunion verfügte Anfang 1949 noch nicht über Atomwaffen. So wird die Information, die ihr Spion Donald McLean lieferte, daß die USA auf weitere Aktionen gegen Berlin hart reagieren würden, zu der Entscheidung beigetragen haben, die Blockade zu beenden. Einen Atomschlag wegen Berlin wollten die Sowjets nicht riskieren.

Matthias Bath untermalt seine Darstellung des Blockadejahres neben Zeitzeugenberichten auch mit bekannten Zitaten aus Ost und West. Ernst Reuter sagte in einer Rede: „Volk von Berlin! In dieser Stunde schwerster Entscheidungen rufen wir deutschen Sozialdemokraten euch zu: Laßt euch von nichts und niemandem verwirren... Nur wenn wir entschlossen sind, jedes Risiko auf uns zu nehmen, können wir ein Leben gewinnen, das allein lebenswert ist, ein anständiges, sauberes Leben, mag es auch arm sein, so doch ein Leben in Freiheit.“

Im Osten der Stadt herrschten die SED-Kommunisten, ihr Vorsitzender Jendretzky machte klar, daß sie die einmal an sich gerissene Macht nicht wieder abzugeben

gedachten. Echten Wahlen haben sie sich erstmals 1990, als ihr Staat soeben Vergangenheit wurde, gestellt.

Bezeichnend ist, daß sie auch heute noch die Blockade Berlins rechtfertigen. Einer ihrer Ideologen, Prof. Dr. Günter Benser, schrieb im Juni 2018 von „westalliierten Politikern und Besatzungsbeamten sowie deren deutschen Kollaborateuren“. Der SED-Mann schlägt den Bogen zur Währungsreform des Jahres 1990: „So einseitig, wie 1948 die Einheit der deutschen Währung zerstört wurde, so einseitig erfolgte 1990 die Wiederherstellung der Währungseinheit durch Einführung der D-Mark in der DDR.“

Ein solches heutzutage publiziertes Geschichtsbild läßt es geradezu als notwendig erscheinen, daß ein Autor wie der Jurist und Historiker Dr. Bath, im übrigen geborener West-Berliner und ehemals politisch Verfolgter des SED-Regimes, den „Erinnerungsband zu Blockade und Luftbrücke“ vorlegt. Und ganz nebenbei: Daß keine der Parteien im Bundestag und in den Landtagen die SED als SED (statt als „Die Linke“) bezeichnet, ist bemerkenswert. Man kann den Eindruck gewinnen, daß sich alle demokratischen Parteien die Möglichkeit der Koalition mit diesen Leuten erhalten wollen.

Bernd Lippmann



Matthias Bath: Die Berlin-Blockade 1948/49. Stalins Griff nach der deutschen Hauptstadt und der Freiheitskampf Berlins. Ereignisse. Fotos. Zeitzeugen, Neuhaus Verlag 2018, 132 S., 24,90 €

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 9 61 24 43

Fax (03 41) 9 61 24 99



Jochen Stern: *Von Mimen und anderen Menschen*. Aus dem Leben eines Komödianten, 2. erw. u. überarbeitete Aufl., Burg Verlag, Rehau 2010, 432 S., 12,80 €

Vorhang auf, Film ab!

Über Mimen und andere Menschen hat der Schauspieler, Autor und Jurist Jochen Stern geschrieben. Als Vollblutkomödiant bedient er sich dabei eines schier unerschöpflichen Vorrats an Theater-, Film- und Fernsehanekdoten, Szenen, die er im Laufe seiner Karriere selbst erlebt (oder erlitten) hat. Auch wenn der Spaß mal auf seine Kosten ging, hat er den Humor behalten, an dem er die Leser reichlich teilhaben läßt. „Wenn du im Leben nicht lachen kannst, dann ist dir dein Leben nicht ge-

glückt“, hat er einmal im Interview festgestellt.

Jochen Stern hat mit vielen prominenten Darstellern und Regisseuren gearbeitet, das Buch enthält eine Vielzahl teilweise seltener Szenen- und Bühnenfotos. Seine Produktivität und sein Repertoire sind gigantisch. Der Mann ist nicht festgelegt, nicht einmal im selben Stück. 1986 spielte er in Kleists „Zerbrochenem Krug“ den Schreiber Licht, der sich danach sehnt, Dorfrichter zu werden (und es am Ende auch wird). 1988 bekam Stern dann, irgendwie folgerichtig, die Rolle des Dorfrichters Adam.

Der Autor schreibt höchst unterhaltsam, mit leichter Hand und oft im Plauderton. Um so schockierender, wenn er, gleichsam aus Scherz und Ironie heraus, plötzlich Lebenserinnerungen entfaltet, bei denen einem das Lachen im Halse stecken bleibt. Er und seine Klassenkameraden

wurden als Luftwaffenhelfer und später als „Flak-Soldaten“ eingesetzt. Es sind Kinder, die da Krieg spielen sollen inmitten des Krieges. Am Ende des Krieges hat er den Häuserkampf um Berlin miterlebt und ist 16 Jahre alt.

Diese grauenvolle Erfahrung hätte für ein ganzes Leben gereicht. Doch er sollte ein zweites Mal zu spüren bekommen, was Menschen anderen Menschen im Namen einer Ideologie antun. 1947 werden der Neulehrer Jochen Stern und viele andere Jugendliche unter dem Vorwand, sie hätten eine Spionageorganisation gebildet, vom NKWD in Frankfurt/Oder festgenommen. Es folgen Verhöre und brutale Folter, die schließlich dazu führen, daß jeder unterschreibt, was immer die sowjetischen Offiziere ihm unterstellen. 1948 verurteilt ein Sowjetisches Militärtribunal 27 Jugendliche zu langjährigen Haftstrafen und Zwangsarbeit. Jochen Stern erhält 25 Jahre und wird bis 1954 im Zuchthaus Bautzen, dem „Gelben Elend“, inhaftiert.

Bei Wikipedia war zu lesen, daß Jochen Stern am 13. September 1928 geboren wurde. Er hat Einspruch erhoben, doch den hat man bei der freien Internet-Enzyklopädie lange ignoriert. Deshalb an dieser Stelle und vom ihm autorisiert: Jochen Stern ist am 10. September dieses Jahres 90 Jahre alt geworden.

Kurz vor seinem 90. Geburtstag sagte er: „Ich nehme keine Tabletten.“ So, so, mag man da denken, ob das wohl gut ist? Doch er setzte hinzu: „Ich bin einfach gesund!“ Daß dies noch viele, viele Jahre so bleibt, wünschen ihm ganz sicher nicht nur seine Leser- und Zuschauerfans.

Gertrud Röder



Annette Hildebrandt, Lothar Tautz: *Protestanten in Zeiten des Kalten Krieges*. Der Wittenberger Kirchentag zum Lutherjubiläum 1983 im Fokus der Staatssicherheit, Studienreihe der Landesbeauftragten Band 8, Mitteldeutscher Verlag 2017, 160 S., 14,95 €

Protestanten in Zeiten des Kalten Krieges

Wohl kaum eine Handlung in der DDR ist bis heute derart im öffentlichen Bewußtsein verankert, wie das symbolische Umschmieden eines Schwerkes zu einer Pflugschar auf dem Kirchentag vom 22. bis 25. September 1983 in

Wittenberg. Eingebettet in eine Zeit atomarer Hochrüstung der beiden Militärböcke, gab er mit seinem Motto „Vertrauen wagen“ ein wichtiges Signal. Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, bezeichnete den Kirchentag im Rückblick als „schlimmsten Kirchentag von allen“. Mit Hilfe verschiedener Dokumente aus kirchlicher und staatlicher Überlieferung, Gesprächen mit Zeitzeugen und eigenen Erfahrungen gelingt es den Autoren Annette Hildebrandt und Lothar Tautz, diese (kirchen-)politisch nachhaltige Großveranstaltung einem breiten Publikum zu erschließen.

Veranstaltungen

24.9. (Mo), 19.00 Uhr:

„**Honeckers unheimlicher Plan**“, Film-Uraufführung über die Pläne zum „Tag X“, anschließend Gespräch mit d. Regisseuren Katharina u. Konrad Hermann sowie Protagonist Tobias Hollitzer; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V.; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, ehem. Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

25.9. (Di), 19.00 Uhr:

Staatssicherheit in Torgau, Vortrag von Dr. Helmut Müller-Enbergs; Veranstaltung des DIZ Torgau; Ort: DIZ Torgau, Schloß Hartenfels, Flügel B, 2. Etage; Anmeldung unter: Elisabeth Kohlhaas, Tel. (034 21) 773 96 81, E-Mail elisabeth.kohlhaas@stsg.de

26.9. (Mi), 19.00 Uhr:

Der Sturm auf das Stadthaus und die Spaltung der Berliner Verwaltung, Begrüßung: Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhauses, Kurzvortrag v. PD Dr. habil. Siegfried Heimann, FU Berlin, Podium mit PD Dr. habil. Siegfried Heimann, Prof. Dr. Bernd Stöver, Universität Potsdam (angefragt), Dr. Jürgen Wetzel, Direktor d. Landesarchivs Berlin a.D., Mod. Dr. Dorothea Führe, Leiterin des Berlin-Kollegs a.D.; Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Berlin 1948. Frontstadt im Kalten Krieg“ d. Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur u.a.; Ort: Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin

2.10. (Di), 12.00 Uhr:

Die soziale Lage politisch Verfolgter der SED-Diktatur, Podiumsdiskussion im Rahmen des Bürgerfestes zum „Tag der Deutschen Einheit Berlin 2018“, mit Dr. Maria Nooke, LakD Brandenburg, Dr. Sibylle Plogstedt, Publizistin und Journalistin, Carola Schulze, Beraterin (UOKG) für ehemalige politisch Verfolgte der SED-Diktatur, Mod. Sven Felix Kellerhoff, Welt-Journalist und Historiker; Veranstaltung der UOKG; Ort: Programmzelt „Geschichte & Erinnern“ am Sowjetischen Ehrenmal auf der Straße des 17. Juni in Berlin-Tiergarten

2.10. (Di), 18.00 Uhr:

„**Frei**“, Buchvorstellung mit Schriftstellerin Roswitha Quadflieg und Burkhard Veigel, bekannter Berliner Fluchthelfer; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

3.10. (Mi), 14.00 Uhr:

Einweihung einer Informationstafel über das „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ im Menschenrechtszentrum Cottbus; Ort: Men-



schenrechtszentrum Cottbus, Bautzener Str. 140, 03050 Cottbus

9.10. (Di), 18.00 Uhr:

Vortrag **„Zwischen Paris und Prag. Wie international war 1968?“**; Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Veranstaltungssaal, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

10.10. (Mi), 21.15 Uhr: Film-Dokumentation **„Die Spur der Ahnen – Der Tod des Automobilfabrikanten“**. Sybille Krägel auf den Spuren ihres Vaters, der 1945 im NKWD-Lager Tost/Oberschlesien umkam. Mitteldeutscher Rundfunk, Buch und Regie: Steffen Jindra

11.10. (Do), 18.00 Uhr:

Karl-Marx-Stadt. Bezirk und Stadt im Visier von SED und Stasi, Podiumsdiskussion mit Dr. Roger Engemann, BStU, Dr. Gunter Gerick, Politikwissenschaftler, Mod. Jana Klameth, stellv. Chefredakteurin, Freie Presse; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Chemnitz u.a.; Ort: Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, Elssasser Str. 8, 09120 Chemnitz

16.10. (Di), 17.30 Uhr:

„Eigentor! Der F.C. Hansa Rostock und die Stasi“, Ausstellungseröffnung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen, Regionalstelle Rügen, Störtebecker Str. 8a, 18528 Bergen auf Rügen

16.10. (Di), 18.00 Uhr:

„Die Berlin-Blockade 1948/49. Stalins Griff nach der deutschen Hauptstadt und der Freiheitskampf Berlins“, Buchvorstellung mit Autor Dr. Matthias Bath, ehemaliger Fluchthelfer; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

25.10. (Do), 18.00 Uhr:

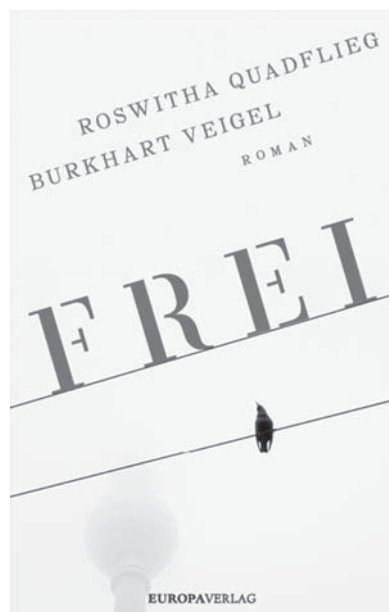
Auf der Flucht getötet. Die Opfer der sächsisch-bayerischen und sächsisch-tschechischen Grenze zwischen 1947 und 1989, Vortrag und Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

30.10. (Di), 18.00 Uhr:

„Gehirnwäsche, Gesichtswäsche: Die entsorgte Vergangenheit“, Vortrag von Dr. Nicolaus Fest, Jurist und Journalist; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

Verlangen nach Freiheit

(VT) Als Student in den 60er Jahren war Janus Emmeran einer der erfolgreichsten Fluchthelfer im geteilten Berlin. Vierzig Jahre später kehrt er in seine Schicksalsstadt zurück und lernt per Kontaktanzeige die fast 30 Jahre jüngere Colette kennen, Tochter eines linientreuen Hochschulprofessors in der DDR und Inhaberin eines kleinen Verlags. Zwischen den beiden,



Roswitha Quadflieg, Burkhard Veigel: *Frei. Roman*, Europa Verlag 2018, 320 S., 19,90 €

die verschiedener nicht sein könnten, entwickelt sich eine Amour fou, die bald auch Janus' bewegte Vergangenheit wieder lebendig werden läßt – vom Tag des Mauerbaus am 13. August 1961 bis zum Aufbau des Fluchthilfe-Netzwerkes.

Ungeachtet ihrer so verschiedenen Lebensläufe in Ost und West versuchen Colette und Janus zueinanderzufinden. Bald wird ihnen klar, daß es nicht nur die deutsche Vergangenheit ist, die zwischen ihnen steht. Janus wird von einem Freund und ehemaligen Fluchthelfer gebeten, Anisa, eine verfolgte junge Frau syrisch-kurdischer Abstammung in seinem Haus in der Schweiz zu verstecken. Anisas Schwester wurde von ihrem Vater und ihrem Onkel umgebracht, nun droht Anisa ein ähnliches Schicksal. Und in Janus erwacht aufs Neue der Drang zu helfen.

Autor des Romans ist u.a. Burkhard Veigel, der in den Jahren 1961 bis 1970 einer der erfolgreichsten Fluchthelfer in Berlin war.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben

Hans Günter Willi Büniger, Günter Radtke am 1. Oktober, Karl Wruck am 2. Oktober, Claus E. Bärsch, Elli Decker, Manfred Spuhn am 5. Oktober, Horst Burmeister am 11. Oktober, Günter An-



Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Schwabacher Tagblatt ...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

track am 14. Oktober, Walter Böttcher
am 16. Oktober, Maria Behr, Gudrun
Schramm am 19. Oktober, Gerhard Hal-
ko am 20. Oktober, Manfred Baumhä-
ckel, Erwin Nigrin am 21. Oktober, Die-
ter Zander am 25. Oktober, Gerd Bötge,
Wolfgang Klosa am 26. Oktober, Peter
Seele am 27. Oktober

Auch allen nicht genannten Lesern, die
Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Helmut Gerd Bartmuß, Gerold
v. Busse, Dr. Wolf Erler, Alexander Grow,
Hermine Hecker, Wolfgang Lehmann, Jörg
Neumann, Roland Schmiedicke, Heinz
Schulze, Eckhard Serick, Manfred Smala,
Klaus-Joachim Surma, Karl-Heinz Ulrich,
Jürgen Wendler, Lutz Wiegel, Dr. Ursula
Zimmermann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Toleranz ist der Verdacht,
der andere könnte recht haben.

Kurt Tucholsky

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunisti- scher Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine
Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 3. September 2018

